Einzelpreis 30 Pfennig • 3. Jahrgang

Sonnabend, den 29. Mai 1920

Nummer 198 ✗ Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 8.50 M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 7.— M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M. zuzüglich Valutazuschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 20.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36 und 9768.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 3.50 Mk. netto pro Zeile. Stellengesuche in Wortanzeigen: das fettgedruckte Wort 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.
Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, Buchhandlung Zentrum 2645
„Freiheit"-Buchdruckerei Zentrum 2030.

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Festsetzung der Wiedergutmachung.

## Die Pariser Kammerverhandlungen.

Paris, 28. Mai.

In der heutigen Kammersitzung begründete der gemäßigte Sozialist Paul Aubriot die Interpellation über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Er stellte fest, daß die Festsetzung der Wiedergutmachungssumme Sache der Wiedergutmachungskommission sei. Es sei die Frage, ob die alliierten Regierungen berechtigt seien, sich, ohne die Parlamente zu befragen, an die Stelle des Wiedergutmachungsausschusses zu setzen. Der Anteil der Wiedergutmachung, der Frankreich zufalle, hätte vier bis fünfmal größer sein müssen, als derjenige, der England zugesprochen werden. Eine Politik der Großmut gegenüber Deutschland werde einzig und allein auf Kosten Frankreichs gehen.

Millerand entgegnete, er müsse an die Erklärungen von San Remo erinnern, aus denen klar hervorgehe, daß die Alliierten nach Spaa gingen, um die Anwendung des Versailler Vertrags zu erzielen, aber nicht um ihn zu revidieren. Die Kontrollkommissionen würden mit Wachsamkeit und mit aller erforderlichen Eile ihre Aufgabe weiter verfolgen. Die Entwaffnung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Diese wesentliche Klausel müßten die Alliierten mit allen Mitteln zur Durchführung bringen. Es wäre eine Ungerechtigkeit und ein Skandal, wenn die Urheber des Krieges nicht die Schuld, die sie sich verpflichtet hätten, zu zahlen, vollkommen entrichten würden (Beifall). Selbst der Bankerott Deutschlands würde das deutsche Volk nicht davon befreien, den Opfern des Krieges diese Summen zu bezahlen. Elsaß-Lothringen und ganz Frankreich seien dafür Bürgen.

Er habe sich bis jetzt niemals erlaubt, auch nur den Schatten einer Kritik gegen irgendeinen Urheber des Vertrages auszusprechen. Er wolle auch heute damit nicht anfangen. Die letzten vier Monate, seitdem er sein schweres Amt führe, hätten ihn davon überzeugt, gegenüber welch ungeheuren Schwierigkeiten die Urheber des Vertrages sich befunden hätten. Er würde diese Schwierigkeiten leichtfertig durch die Kritik vermindern. Er nehme deshalb den Vertrag, wie er sei.

Nachdem er die Artikel über die Wiedergutmachung verlesen hatte, sagte Millerand, er lege den größten Wert darauf, daß die Wiedergutmachungskommission in Funktion bleibe, denn sie sei das Organ, das die Jurisdiktion und die Verwaltung souverän bestimmen könne und über die Ausführung der Klauseln wachen müsse. Die Kommission müsse vollkommene Freiheit und eine absolute Autonomie haben. Die Kommission habe am 12. Mai eine befriedigende Antwort in bezug auf die Bons erhalten, die Deutschland als Anerkennung seiner Schuld geben müsse. Diese Bons würden aber erst wertvoll an dem Tag, an dem man sie diskontieren könne. Das sei eine Tatsache, die mehrere französische Freunde mit einer gewissen Lebhaftigkeit hervorgehoben hätten, daß es von besonderem Interesse sei, sobald wie möglich den Betrag der deutschen Schuld zu finanzieren. Und deshalb habe man die Möglichkeit ins Auge gefaßt, schon jetzt den Betrag dieser Schuld festzusetzen. Die, die damit nicht übereinstimmten, behaupteten nun, damit käme man zu einer Revision des Vertrages, die nur mit Zustimmung der Parlamente möglich sei. Dieser These trete er formell entgegen.

Durch den Vertrag sei bestimmt, daß die Wiedergutmachungskommission am 1. Mai 1921 diese Schuld festgesetzt haben müsse, aber nichts im Vertrage verbiete, daß das jetzt schon geschehe. Er gebe zu, daß es gewisse Ungelegenheiten habe, nicht bis zum nächsten Mai zu warten, weil man dann wertvolle Aufklärungen hätte. Aber die Kunst eines Staatsmannes sei, zwischen den großen Ungelegenheiten zu wählen. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges lasteten auf allen wirtschaftlichen Unternehmungen, namentlich aber auf denen Frankreichs. Dieser wirtschaftlichen Lage müsse ein Ende bereitet werden. Keine Ziffer sei festgehalten worden. Der, der sie zitiert habe, habe falsch interpretiert.

## Der deutsch-lettische Friedensvertrag.

Kopenhagen, 28. Mai.

Das lettische Telegraphenbureau in Riga teilt mit:

Die lettische Regierung hat das Friedensprotokoll, das am 5. Mai in Berlin von den Delegierten Lettlands und Deutschlands unterzeichnet wurde und das nach Austausch der Ratifikationen in Kraft treten soll, veröffentlicht. Die Hauptbedingungen sind: Deutschland erkennt Lettland als selbständigen Staat an, und zwar sofort, nachdem von den alliierten Mächten diese Anerkennung ausgesprochen ist. Sowohl Deutschland als Lettland verpflichten sich, keine Bestrebungen zu unterstützen, die sich gegen eines der beiden Länder richten, und keine feindliche Truppenbildung auf ihrem Gebiet zu dulden. Deutschland verpflichtet sich zum Ersatz aller Schäden, den Deutsche oder die dem deutschen Oberkommando unterstellten Truppen in Lettland angerichtet haben. In Riga wird eine gemischte Kommission die Höhe des Schadenersatzes festsetzen. Lettland erhält alles Kriegsmaterial, das den Truppen Bermondts gehört hatte, ausgeliefert. Deutschland verpflichtet sich, Lettland Waren auf Kredit zu liefern.

Wie Wolffs Telegraphisches Bureau hierzu von zuständiger Stelle hörte, sind noch folgende Punkte des Vertrages bemerkenswert: 1. Die oben erwähnte gemischte Kommission wird auch den Wert der von Lettland zu ersetzenden Aufwendungen feststellen, welche mit deutschen Mitteln für öffentliche Anlagen auf lettländischem Gebiet gemacht worden sind. 2. Beide Vertragsteile sichern sich für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schiffahrt das Recht der Meistbegünstigung zu. 3. Lettland verpflichtet sich, den Transitverkehr aus Deutschland durch Lettland oder aus anderen Ländern durch Lettland nach Deutschland nicht zu erschweren und keine besonderen Transitabgaben zu erheben.

## Radek über die polnische Gefahr.

Kopenhagen, 28. Mai.

„Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Die letzte Nummer des führenden Bolschewistenblattes „Iswestia" veröffentlicht einen Artikel von Karl Radek, in dem dieser in sehr entschiedener Weise auf die Gefahr aufmerksam macht, die Rußland von Polen droht und erklärt, Rußland müsse sich klar darüber sein, daß Polen ein gefährlicher und starker Feind sei, und daß der Krieg nur dann zu einem schnellen und siegreichen Abschluß gebracht werden könne, wenn Räterußland alle ihm zur Verfügung stehenden Truppen schnell gegen Polen zusammenziehe. Es sei eine Notwendigkeit für Sowjetrußland, das weiße Polen zu vernichten. Räterußland könne ein weißes Polen nicht neben sich dulden. Das Sowjetsystem sei erst dann gesichert, wenn das Räterußland ein bolschewistisches Polen an seiner Seite habe.

## Die Gewerkschaftsinternationale gegen den ungarischen Terror.

Amsterdam, 28. Mai.

Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat auf Grund des kürzlich in London gefaßten Beschlusses, wegen der Verfolgung der Arbeiterbewegung in Ungarn jeden Verkehr mit Ungarn abzubrechen und jenes Land der Außenwelt abzuschneiden, an die Landeszentralen in verschiedenen Ländern Rundschreiben gerichtet. Das endgültige Datum für den Beginn des Boykotts wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Woche festgesetzt werden.

## Dem Reichswehrminister ist nichts bekannt.

Berlin, 28. Mai.

Offiziös wird mitgeteilt: In der Presse ist dem Reichswehrministerium vorgeworfen worden Waffenverschiebungen vorgenommen zu haben. Die vom Reichswehrministerium angeordneten Nachforschungen haben ergeben:

Die vom Oberpräsidenten von Pommern Ende April im Freihafen Stettin beschlagnahmten Geschütze waren zum Austausch älterer Geschütze der ostpreußischen Festungen, die ebenfalls beschlagnahmte Munition zur Ausstattung der Reichswehr und der Sicherheitspolizei seit langer Zeit bestimmt. Infolge der Sperrung des polnischen Korridors, sowie aus Mangel an geeignetem Schiffsraum hatte sich der Abtransport hinausgezögert. Die Munition ist inzwischen Anfang Mai mit den Dampfern „Greenland" und „Laura" abbefördert worden. Von einer Versendung der inzwischen auch wieder freigegebenen Geschütze ist Abstand genommen worden, da es auf Grund der Verhandlungen mit der Entente noch zweifelhaft ist, wie sich die Bestückung der Festungen gestalten wird.

Von einer Lieferung von Waffen und Munition an Finnland ist dem Reichswehrministerium nichts bekannt.

## Das Zentrum.

Will man das Wesen der Zentrumspartei an der Quelle studieren, so muß man in die schwärzesten Gegenden Deutschlands gehen, etwa in das Gebiet des rheinischen Eifelgebirges. Hierhin dringt kein Hauch der neuen Zeit, in dieser dicken Luft wird selbst der Sturmwind der Revolution zu einem sachtwachen Säuseln. Der Kaplan ist der König und der Gott seines Bezirks. Er überwacht das Leben seiner Herde, er regelt die Tätigkeit der ganzen Bevölkerung, er ordnet und lenkt alles Geschehen auf geistigem und politischem Gebiet. In diesen Gebieten ist das Zentrum Trumpf. Die Industrie findet man hier nur in kümmerlichen Anfängen; wo Fabriken entstanden sind, hängt neben der Kontrolluhr das Weihbecken.

Der katholische Glaube bildet das Fundament der Zentrumspartei. Das Bekenntnis zur alleinseligmachenden Kirche ist der Kitt, der die verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen in dieser Partei zusammenhält, das politische Leben im Zentrum ist die Spiegelung des inneren Aufbaues des Klerikalismus. Wie der Gläubige die Teilung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose als eine von Gott gewollte Tatsache hinnehmen, wie der Unterdrückte sich mit Ergebenheit mit seinem Schicksal abfinden und nicht gegen die Obrigkeit murren soll, so ist auch im Zentrum das Geschick der breiten Wählermassen in die Hand einer kleinen Kaste von Privilegierten gelegt, nach deren Willen die politischen Handlungen dieser Partei geschehen. Aus dem Dogmenschatz der katholischen Kirche hat das Zentrum den blinden Autoritätsglauben als das wichtigste Instrument zur Beherrschung der Wählermassen übernommen.

Es ist aber eine alte Erfahrung, daß verschiedenartige wirtschaftliche Interessen in einer Gemeinschaft sich nicht ausgleichen lassen, sondern daß der wirtschaftlich Starke auf Kosten des wirtschaftlich Schwächeren seine Position ungemein stärken wird, solange er keinen Widerstand findet. Beim Zentrum kann man das deutlich beobachten. Die Partei rühmt sich, daß sie in ihren Reihen alle Klassen der Bevölkerung vereinige, und daß sie eine eigentlich demokratische Partei sei. In Wirklichkeit ist das Zentrum die undemokratischste Partei, die man sich denken kann. Der Klerikalismus hat das Denken der minderbemittelten katholischen Bevölkerung so stark beeinflußt, daß sie zum willenlosen Werkzeug der besitzenden Zentrumskreise geworden ist. In den Industriegegenden mit vorwiegend katholischer Bevölkerung hat sich dieser Zustand seit einiger Zeit freilich ein wenig geändert. Das Kapital fragt nicht nach dem Bekenntnis der Auszubeutenden, sondern nur noch der Möglichkeit ihrer Ausbeutung. So haben die wirtschaftlichen Tatsachen doch immerhin Bresche in die Dumpfheit katholischer Arbeiterkreise geschlagen. Ein erheblicher Teil von ihnen ist in voller Erkenntnis ihrer Klassenlage zum Sozialismus übergegangen. Ein anderer Teil, der sich von den Banden der katholischen Kirche noch nicht zu lösen vermochte, hat doch immerhin begriffen, daß die ihm bisher von der Zentrumspartei zugestandenen Rechte erweitert werden müßten.

Nicht umsonst aber hat die katholische Kirche ihren Orden Jesu. Der Jesuitismus geht davon aus, daß man feindliche Auffassungen am besten dadurch überwindet, daß man in sie eindringe, einiges von ihnen in die eigene Lehre aufnehme und trotz des Festhaltens an der bisherigen Herrschaft die sich abspliternden Elemente durch Konzessionen wieder zu gewinnen suchen müsse. Diesem Prinzip ist das Zentrum gefolgt. Und so sehen wir, daß in der neueren Zeit in den offiziellen Vertretungen dieser Partei neben den alteingesessenen Prälaten, Kaplänen, Grafen, Großgrundbesitzern und Fabrikanten auch einige Konzessionsschulzen aus der Arbeiterklasse Aufnahme gefunden haben. Auch den Forderungen der Arbeiterschaft mußte vom Zentrum Rechnung getragen werden. Aber die Zugeständnisse sind nie soweit gegangen, daß die wirtschaftlichen und politischen Interessen der in der Zentrumspartei in Wahrheit herrschenden Kapitalisten, Agrarier und Kleriker ernstlich gefährdet wurden.

Vor dem Kriege hat das Zentrum sich stets als Glied der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gefühlt und daher immer die Interessen der minderbemittelten Bevölkerung gegenüber den Forderungen der besitzenden Minderheit zurückgesetzt. Es erhob zwar hier und da Einwendungen gegen die allzu schroffe und deutliche Benachteiligung des werktätigen Volkes. In den entscheidenden Augenblicken jedoch fiel es regelmäßig um, ihre jesuitische Erfahrung ließ es stets eine Formel finden, hinter der sich die Benachteiligung der Besitzlosen Bevölkerung verbergen konnte. Das Zentrum vor allem ist daran schuld, daß das Reich bis zum Kriegsende keine direkten Steuern erhob, sondern seine Ausgaben durch Erhebung von indirekten Steuern und Wucherzöllen deckte. Das Zentrum vor allem ist auch schuld daran, daß bis zum Niederbruch der

allen Gewalten im November 1918 das Wahlelend in Preußen und in anderen Bundesstaaten fortdauerte. Das Zentrum hat verhindert, daß Deutschland zum politischen Einheitsstaat ausgestaltet wurde, es hat alle separatistischen Bewegungen von jeher unterstützt, aus seinen Reihen entstehen auch heute noch die eifrigsten Beförderer der Lostrennungsbestrebungen.

Besonders deutlich hat sich der volksfeindliche Charakter des Zentrums während des Krieges gezeigt. Es hat alle Kriegskredite bewilligt und die Kriegspolitik der Regierung in vollem Umfange unterstützt. Seine Vertreter haben wiederholt sich zum Wortführer der alldeutschen Annexionsforderungen gemacht und dadurch verhindert, daß durch eine Verständigung das Völkermorden eingestellt wurde. Freilich erkannte im Juli 1917 der Zentrumsführer Erzberger, daß die Kriegspolitik der Regierung verfehlt war und daß sie das deutsche Volk ins tiefste Unglück führen mußte. Aber über die schwächliche Reichstagsresolution ist das Zentrum nicht hinausgegangen; es hat auch nach dem Juli 1917 den offen vorliegenden Bankerott der Regierung gefördert, ja, es hat die fluchbeladene Kriegspolitik noch fortgesetzt, indem es den Grafen Hertling, einem der hervorragendsten Zentrumsführer, zum Reichskanzler machte. Das Zentrum ist also in vollem Umfange mit der Verantwortung für den Krieg und seine Folgen belastet.

Wie sehr sich das Zentrum seiner Vergangenheit zu schämen hat, das beweist die Tatsache seiner Firmenänderung nach der Revolution. Aus dem Zentrum wurde die Christliche Volkspartei. Sie fand sich mit der Revolution ab und versuchte aus der neuen Lage die größtmöglichsten Vorteile für sich zu erzielen. Nur aus diesem eigennützigen Interesse ist es zu verstehen, daß das Zentrum sich der Koalition mit den Demokraten und den Rechtssozialisten anschloß. Und es gelang dem Zentrum dadurch nur zu gut, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. Getreu seinem konfessionellen Charakter, hinter dem sich die wirtschaftlichen Interessen des katholischen Kapitals und des katholischen Klerus verstecken, versuchte es vor allem seine Forderungen in bezug auf Religion und Kirche zu verwirklichen. Die Zentrumspolitiker müßten nicht die jesuitische Schule durchlaufen haben, um nicht zu wissen, daß alle ihre Wünsche nicht in Erfüllung gehen konnten. Aber sie haben doch infolge ihrer schlauen Taktik und der Schwäche ihrer Koalitionsbrüder viel mehr erreicht, als sie es sich in den Revolutionstagen hätten vorstellen können. Der Einfluß der Kirche auf Schule und Erziehung ist heute so stark wie nur je, ja, es ist dem Klerikalismus die Möglichkeit gegeben, diesen Einfluß noch ständig zu verstärken.

In der Steuergesetzgebung war es dem Zentrum freilich nicht möglich, sein Prinzip, die Hauptlasten dem besitzlosen Teil der Bevölkerung aufzulegen, vollkommen durchzuführen. Dazu waren die durch den Krieg verursachten Staatslasten zu groß. Aber es hat doch dafür gesorgt, daß die Heranziehung des Besitzes zu den Steuerlasten in der möglichst schonenden Form erfolgte. Das Steuerwerk, das die Nationalversammlung geschaffen hat, trägt den Stempel des Zentrumsführers Erzberger; es ist in allen Teilen darauf zugeschnitten, die kapitalistischen Kreise zu bevorzugen und die minderbemittelte Bevölkerung in der schärfsten Weise zu erfassen. Besonders kommt das zum Ausdruck beim Einkommensteuergesetz, das die Lohn- und Gehaltempfänger bis zum letzten Pfennig zur Steuer heranzieht, dagegen den besitzenden Klassen noch unendliche Möglichkeiten der Steuerhinterziehung läßt. Die direkten Steuern machen aber immer noch nur einen kleinen Teil der Gesamteinnahmen des Reichs aus, den größten Teil seiner Einnahmen bezieht das Reich nach wie vor aus den indirekten Steuern und Zöllen, die durch die vom Zentrum besonders bevorzugte Umsatzsteuer und Kohlensteuer eine gewaltige Erhöhung erfahren haben.

Wer aber noch an dem arbeiterfeindlichen Charakter des Zentrums zweifeln konnte, dem wurde nach dem Kapp-Putsch volle Klarheit gegeben. Es sei daran erinnert, daß der Zentrumsführer Trimborn eine der heftigsten Reden gegen die Arbeiter gehalten hat, die sich im Ruhrgebiet gegen die Kappisten erhoben hatten. Es waren andere Zentrumsführer, die immer wieder die Regierung zum schonungslosem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft aufforderten. Unter dem Beifall des Zentrums sind die Blutgerichte in Rheinland-Westfalen aufgestellt worden, unter voller Billigung des Zentrums wurde viele Monate hindurch der schandhafte Belagerungszustand im ganzen Reiche durchgeführt, wird er noch heute in Bayern aufrecht erhalten.

Auch die katholischen Arbeiter müssen unter diesen Umständen erkennen, daß sie beim Zentrum keine Förderung ihrer Interessen finden können, sondern daß sie nur vom Sozialismus die Befreiung aus ihrem wirtschaftlichen Elend erwarten dürfen. Es ist nicht wahr, wie vom Zentrum ständig behauptet wird, daß der Sozialismus eine religionsfeindliche Bewegung sei. Der Sozialismus will die Beseitigung der Ausbeutung der großen Masse des Volkes, ganz gleich, unter welcher Form diese erfolgt; der Sozialismus erstrebt die Errichtung einer Ordnung, die keine Klassengegensätze mehr kennt. Die religiöse Ueberzeugung soll die Privatangelegenheit jedes einzelnen Staatsbürgers bleiben; sie darf aber nicht zur Grundlage einer Politik gemacht werden, bei der die minderbemittelte Bevölkerung in jeder Beziehung benachteiligt wird.

Das Zentrum hat bisher zur Koalition mit den Demokraten und Rechtssozialisten gehalten, weil es dort am besten seine eigenen Interessen zu wahren glaubte. Schon schicken sich aber seine Führer an, den Abmarsch nach rechts in ein gemeinsames Lager mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu unternehmen. Wenn also ein Arbeiter noch Zentrum wählen sollte, so muß er wissen, daß er entgegen den Interessen seiner eigenen Klasse handelt und die Interessen der besitzenden Klassen fördert. Auch für den letzten katholischen Arbeiter ist die Stunde gekommen, in der er sich zum Sozialismus bekennen muß!

---

**„Erwiesene Unschuld" eines Kappisten.** Das gegen den früheren Stadtkommandanten von Kiel Kapitän zur See Loff wegen angeblicher Beteiligung am Kapp-Putsch eingeleitete Ermittlungsverfahren ist nach erfolgter Vernehmung vor den zuständigen Gerichtsbehörden durch einen Erlaß des Oberreichsanwalts wegen erwiesener Unschuld eingestellt worden.

**Die Danziger verfassunggebende Versammlung wird wahrscheinlich [illegible] Mitte nächster Woche einberufen werden.**

# Bestellte Arbeit.

## Die bayrische Regierung propagiert die Vorbereitungen zum Militäraufstand.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten der bayerischen Landesversammlung beantragte, wie aus München berichtet wird, der demokratische Abgeordnete Jehle, daß die Regierung alsbald verläßliche Berichte über die russische Umwälzung geben möchte. Die bayerische Regierung hatte mit der Beantwortung der Frage große Eile. Geheimrat Dr. von Müller vom Ministerium des Aeußern erklärte sofort und sichtlich vorbereitet, daß es schwierig sei, die gewünschten Angaben zu machen. Die vorliegenden Mitteilungen seien nicht authentisch oder veraltet. Er machte zunächst einige belanglose und gleichgültige Angaben über wirtschaftliche Dinge und über die Arbeitsverhältnisse in Rußland, auf die es weder ihm noch den anfragenden Abgeordneten in erster Linie ankam. Dann kam er zur Sache und hob an, von den militärischen Vorkommnissen zwischen Sowjetrußland und Polen, die „in weiten Kreisen Deutschlands Beunruhigung hervorgerufen" hätten, weil ein Angriff auf Deutschland zu befürchten sei, zu erzählen. Es sei die Frage aufgeworfen worden, sagt der Bericht, ob der Angriff der Russen an der deutschen Grenze stehen bleiben

# Kundgebung der republikanischen Soldaten.

**Am Sonntag, den 30. Mai, vormittags 10 Uhr, findet auf dem Tempelhofer Feld eine große Kundgebung der republikanischen Soldaten statt, die im Verlauf des letzten Jahres durch die Noskepolitik aus der Wehrmacht gedrängt worden sind. Das Thema lautet:**

## Noske, der Totengräber der republikanischen Wehrmacht.

**Angesichts der steigenden reaktionären Gefahr, angesichts der drohenden gegenrevolutionären Erhebung, die in der Hauptsache von der durch Noske gebildeten Wehrmacht getragen wird, muß diese Kundgebung zu einer Riesendemonstration gegen die Reaktion und den neuen Militarismus werden.**

**Als Redner sind vorgesehen: Dr. Koelitz, Niebeling, Leppien und Rabold.**

---

würde, wenn Polen überrannt werden sollte. Von der Reichsregierung sei gesagt worden, die deutschen Grenztruppen seien nach Möglichkeit verstärkt worden, auch sei der Respekt Rußlands vor der deutschen Militärmacht und Militärkunst so erheblich, daß zu erwarten sei, daß der Angriff an der deutschen Grenze haltmache. Außerdem sei die Qualität unserer Truppen so hervorragend, daß einem Angriff mit Erfolg begegnet werden könne. Ob das möglich ist, bemerkte Dr. von Müller, hat unser Gesandter ernstlich bezweifelt.

Ein zufriedenstellende Auskunft, daß keine Gefahr von russischer Seite zu befürchten sei, konnte von der Reichsregierung nicht gegeben werden. Auch im Ausschuß der Nationalversammlung ist auf die Gefahr hingewiesen worden, daß, wenn ein Angriff auf Deutschland erfolgte, die Sowjetregierung versuchen würde, Zentren für Aufstände in Mitteldeutschland oder im Ruhrgebiet zu schaffen, um auf diese Weise den militärischen Vorstoß zu verschärfen und den Widerstand Deutschlands zu brechen. Diese Gefahr wurde seitens der Reichsregierung nicht verkannt, aber die Meinung ausgesprochen, daß man hoffentlich in der Lage sein werde, einem russischen Angriff gewachsen zu sein.

Der Antrag Jehle wurde hierauf zurückgezogen, er hatte seinen Zweck erfüllt. Er hatte dem Vertreter einer deutschen Landesregierung Gelegenheit gegeben, öffentlich für Ansammlung von Truppen in den Ostprovinzen, also in den ohnehin reaktionär verseuchten Gegenden des Reiches aufzufordern.

Das Ganze ist natürlich bestellte Arbeit zum Zwecke plumpester Wahlmache. Es gehört durchaus in das Gebiet der Vorbereitungen zu den Rechtsputschen und der Vorgang unterscheidet sich von den sonstigen Symptomen gleicher Art nur dadurch, daß hier der Vertreter der Regierung eines deutschen Staates ganz offen Material zur Begründung einer Mobilisierung beibringt und daß ein demokratischer Abgeordneter sich bereit fand, bei dieser Komödie mitzuwirken, während die sonstigen Vorbereitungen der reaktionären Putschisten in aller Stille vor sich gehen. Daß ein Regierungsvertreter in aller Oeffentlichkeit für die Verstärkung der heimlich rüstenden Reaktionäre durch reguläre Reichstruppen Propaganda machen kann, ist eine Unverschämtheit, die nur einer so schlappen Reichsregierung wie der gegenwärtigen geboten werden kann.

## Die Furcht vor dem Verfassungsbruch.

Die Regierung läßt mitteilen, daß sie die Haftentlassung des Genossen Kilian in Halle nicht anordnen könne, da Kilian erst durch Aufrücken in die Kandidatenliste Abgeordneter wurde, als er bereits in Haft saß, die Haftentlassung aber nach den geltenden Bestimmungen nur auf Beschluß des Parlaments erfolgen könne, dessen Mitglied der Verhaftete sei. Die Haftentlassung ohne die Zustimmung des Parlaments würde also einen Bruch der Verfassung bedeuten.

Es ist merkwürdig, daß die Regierung gerade in einem Falle so ängstlich auf die Wahrung der Verfassung bedacht ist, wo es sich darum handelt, begangenes Unrecht zu einem Teile wenigstens wieder gut zu machen. Als die Nationalversammlung beschlossen hatte, die Regierung aufzufordern, den Belagerungszustand aufzuheben, da scheute sich diese Regierung nicht, einen glatten Verfassungsbruch zu begehen und die Ausführung des Beschlusses der Nationalversammlung zu verhindern. Ihr ist eben die Verfassung nur ein Mittel, das je nach seinem Zweck anzuwenden ist. Handelt es sich darum, die werktätige Bevölkerung zu drangsalieren, so scheut sie vor keiner Verletzung verfassungsrechtlicher Bestimmungen zurück. Soll dagegen ein Vertreter der Arbeiterschaft in seine parlamentarischen Rechte eingesetzt werden, so hütet sie die Buchstaben der Verfassung wie ein Heiligtum.

# Die Organisation der Meuterer.

## Bildung von Offizierskompagnien.

Der „Vorwärts" berichtet über eine vom Nationalverband deutscher Offiziere einberufene Versammlung, die am Donnerstag nachmittag in den Geschäftsräumen des Verbandes, Kurfürstenstraße 125, stattgefunden hat. Eingeladen waren ehemalige Offiziere durch eine vom Geschäftsführer des Nationalverbandes, Graf von Görtz, Major a. D., unterzeichnete Einladung, in der es heißt:

Ihre persönlichen Interessen stehen auf dem Spiel. Wir bitten Sie daher dringend zu einer persönlichen Rücksprache am Donnerstag, den 27. Mai, 5.30 Uhr nachm., in unseren Geschäftsräumen, Kurfürstenstraße 125, unbedingt erscheinen zu wollen.

Ungefähr 800 Herren, darunter auch Oberste und Generäle in Zivil, waren der Einladung gefolgt. Anwesend war auch ein Herr vom Reichswehrministerium, von dem nicht bekannt ist, ob er aus eigener Initiative oder als Vertreter des Ministeriums anwesend war. Seine Persönlichkeit ist nicht bekannt. Aber der Reichswehrminister, der auf alle Warnungen der Presse stets schmunzelnd zu erklären pflegt, daß er über alle diese Dinge unterrichtet sei, sollte daraus ersehen, daß in seiner nächsten Nähe Leute sitzen, die anscheinend noch viel besser informiert sind als der Herr Minister. Er brauchte sich nur ein wenig um die Feststellung ihrer Persönlichkeit zu bemühen, um sofort aus absolut sicherer Quelle schöpfen und seine Kenntnisse über die Putschvorbereitungen noch vermehren zu können.

Geleitet wurde die Versammlung von Oberleutnant Molkenthin, der in einer Ansprache behauptete, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Kommunisten alles daran setzen würden, die politische Macht in die Hände zu bekommen. Das Signal zum Putsch der Kommunisten werde ein für die Rechtsparteien günstiges Wahlergebnis sein. Es müsse alles vorbereitet werden, um einem derartigen Putsch mit Waffengewalt zu begegnen.

Hierzu müßten sich alle ehemaligen Offiziere zur Verfügung halten, um, zu Offizierskompagnien vereinigt, einem Schutzregiment Berlin angeschlossen werden zu können. Sobald von einer amtlichen Stelle, heißt es in dem „Vorwärts"-Bericht wörtlich, die Aufforderung ergehe oder die Umstände es geboten erscheinen ließen, hätten sich die Herren in Uniform ohne Abzeichen nach der Oberfeuerwerkerschule in der Invalidenstraße zu begeben, wo die weitere Verteilung vorgenommen würde.

Die Wendung von der amtlichen Stelle dürfte Flunkerei sein, denn alle diese Vorbereitungen, in Verbindung mit den übrigen Anzeichen für eine geplante Militärrevolte, lassen erkennen, daß die Herren aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen werden, wann es „die Umstände geboten erscheinen lassen", das Unternehmen zu beginnen.

Herr Molkenthin log weiter, daß in der Nacht vom 1. zum 8. Juni von radikaler Seite Offizierspogrome beabsichtigt seien. Er scheint sich also seiner Gesinnungsgenossenschaft nicht ganz sicher zu fühlen und hält es deswegen für zweckmäßig, durch die Angst den zur Sammelstelle der Putschisten eilenden Fuß zu beflügeln. Auf einen gewissen Terror läßt auch die Tatsache schließen, daß nach Schluß der Versammlung die Teilnehmer sich in bereitgelegte Listen eintragen mußten, die von anwesenden hochadligen Damen geführt wurden. In den Listen mußte angegeben werden, als was sich der Betreffende zur Verfügung stellte. Vielleicht bereitet man an Hand der Listen einst denjenigen, die das schriftlich gegebene Versprechen nicht halten, sondern der Sache fernbleiben und so gegen treudeutsche Ehrbegriffe verstoßen, das Schicksal Hans Paasches, des Abtrünnigen.

So liegt das Belastungsmaterial gegen zahlreiche des geplanten Hochverrats Verdächtige offen zutage. Der Reichswehrminister und die Herren Reichs- und Staatskommissare für die öffentliche Ordnung werden davon nicht überrascht sein, denn sie sind, wie gesagt, genau und eingehend über alles unterrichtet. Ihren scharfen Augen bleibt nichts verborgen, aber ihre Hand rührt sich nicht. Wenn ihre Spitzel auch nur annähernd so sicher klingende Berichte über angebliche Putsche von kommunistischen Arbeitern beibringen würden, dann würde ihr Eifer sicher keine Grenze finden.

## Die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände.

W. T. B. meldet: Zu der Behauptung, daß die Zeitfreiwilligenverbände noch beständen, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände beendet ist.

Wir setzen begründete Zweifel in diese offiziöse Meldung. Die Organisationen der Zeitfreiwilligenverbände arbeiten genau wie die „aufgelösten Einwohnerwehren" unter mehr oder minder abgeänderter Firma weiter. Sie können das umso eher, als ihnen diese Arbeit von den amtlichen Stellen nicht sehr erschwert wird. Man hat ja bis jetzt gegen alle Wühlereien von rechts noch nie die gleiche Energie aufgebracht wie gegen die revolutionäre sozialistische Arbeiterschaft. Der nächste Kapp-Putsch wird auch die Zeitfreiwilligenverbände wieder in alter Stärke und Schönheit erstehen lassen.

## Der Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Durch Verordnung vom 21. Mai 1920, die in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird, hat der Reichsminister der Finanzen die Bestimmungen der §§ 45 bis 52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 mit Wirkung vom 25. Juni 1920 ab in Kraft gesetzt. Danach werden sämtliche Arbeitgeber von diesem Tage ab verpflichtet sein, 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers als vorläufige Einkommensteuer einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers zu kleben. Die Arbeitnehmer sind verpflichtet, sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde ihres Wohnortes oder Geschäftsortes Steuerkarten ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich.

---

**Monarchistische Umsturzpläne der Welfen.** Der sozialdemokratische „Volkswille" in Hannover beginnt mit der Veröffentlichung von Urkunden über weitgehende militärische Vorbereitungen der Welfenpartei, die mit unverkennbar [illegible] archischer Tendenz die Ausrufung eines [illegible] Staates Hannover bezweckt haben sollen.

# Der Wahlkampf.

## Klassenkampf und Klassenversöhnung.

Die rechtssozialistische Presse druckt in diesen heißen Tagen des Wahlkampfes zustimmend eine Notiz der „Sozialistischen Korrespondenz" des Herrn Heilmann ab, in der es heißt:

„— — — daß der proletarische Klassenkampf eine geschichtliche Notwendigkeit und eine Tendenz, nicht aber ein willkürlicher Akt und ein Prinzip ist. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien hat sich die Sozialdemokratie die Ueberwindung der Klassen und der Klassenherrschaft als höchstes und letztes Ziel gesteckt. Daß diese Ueberwindung über den Weg des ökonomisch und politisch auszutragenden Klassenkampfes erfolgen muß, war die große Marx-Engelsche Entdeckung, die bis heute noch von keinem bürgerlichen Oekonomen oder Politiker widerlegt worden ist. — — —"

Diese rechtssozialistische Charakterisierung des Klassenkampfes als geschichtsnotwendige Entwicklungstendenz ist eine glänzende

**Rechtfertigung der Politik der U. S. P. D.**

Hat doch die unabhängige Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen den allerschärfsten Klassenkampf geführt, im Gegensatz zur S. P. D., die alles tat, die Klassengegensätze zu verwischen!

**Die Rechtssozialisten**

**bewilligten alle Kriegskredite,**
**ermöglichten damit den kapitalistischen Durchhaltern das** Geschäftemachen bis zum Zusammenbruch,
**ermöglichten eine viereinhalbjährige Kriegsdauer mit** ihrer Unsumme von Blut und Tränen, von Not und Elend, die dem Proletariat auferlegt war,
**gingen nach der Revolution gemeinsam mit bürgerlichen Parteien an die Wiederaufrichtung des Klassenstaates,**
**halfen mit bei der Schaffung des neuen Militarismus unter Führung monarchistischer Offiziere,**
**tragen die volle Mitverantwortung für den Terror dieser bewaffneten Reaktionäre gegen das revolutionäre Proletariat,**
**waren einverstanden mit der Verhängung des Belagerungszustandes über fast ganz Deutschland,**
**arbeiten mit dem Unternehmertum in den Arbeitsgemeinschaften zusammen zur weiteren Befestigung der kapitalistischen Herrschaft.**

Die Rechtssozialisten also betrieben eine Politik der Klassenversöhnung!

**Die Unabhängige Sozialdemokratie**

dagegen betonte bei jeder Gelegenheit und in allen ihren Taten ihren unverfälschten Klassenkampfstandpunkt! Die unabhängige Sozialdemokratie war

**gegen die Kriegskredite,**
**gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien,**
**gegen den Ausnahmezustand,**
**gegen den Wiederaufbau des Kapitalismus durch Verschleppung der Sozialisierung,**
**gegen die Errichtung der monarchistischen Reichswehr und Entwaffnung des revolutionären Proletariats,**
**gegen die Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern unter Preisgabe der grundsätzlichen Kampfstellung des Proletariats zum Kapitalismus!**

Die unabhängige Sozialdemokratie also betrieb eine

**Politik des Klassenkampfes!**

Wählerinnen und Wähler, Arbeiter, Angestellte und Beamte. Nur die schärfste Hervorhebung Eurer Interessen, nur ihre rücksichtslose Verfechtung im sozialen Kampfe, kann Euch die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung bringen. Möglich ist ihre Verwirklichung nur durch den uneingeschränkten Klassenkampf!

Deshalb gebt Eure Stimmen am 6. Juni der Partei, die ihn unbeirrt bis jetzt geführt hat und weiterführen wird.

**Wählt die Liste der U. S. P. D.!**

## Der tariffeindliche Arbeitsminister.

Unter allen Methoden kapitalistischer Sklavenhalterei ist die Lehrlingsausbeutung durch die kleinen proletarisierten Handwerksmeister die schlimmste. Der Lehrvertrag, eines der gefährlichsten Instrumente der Menschenausbeutung, gibt ihnen unbeschränkte Gewalt über den jungen Mann. Unter dem Vorwand der Berufsausbildung nützt das kleine Meistertum die Jugend der Arbeiterschaft in der unerhörtesten Weise aus, um die eigene dürftige Existenz zu erhalten. Der Lehrvertrag schreibt ihnen außer dem Recht auf Ausbeutung Erzieherrechte zu, die tief in das Recht der Eltern eingreifen, ohne nach der sittlichen und pädagogischen Erzieherqualifikation des Meisters zu fragen. Das geltende Recht macht es fast unmöglich, Uebergriffe des Meisters zurückzuweisen.

Die Beseitigung dieses gemeinen und sozial rückständigen Versklavungsmittels war seit langem das Bestreben der Gewerkschaften. Im kaiserlich-bureaukratischen Deutschland war das nicht durchzusetzen, denn es war der sichere Hort jeder, also auch der Innungsreaktion. Als Mittel zur Durchsetzung eines neuen Lehrlingsrechts wäre der Tarifvertrag geeignet. Die Gewerkschaften wiederholten oft den Versuch, den Arbeitsvertrag des Lehrlings in die Tarifverträge einzubeziehen, wobei sie natürlich stets auf den Widerstand der Unternehmer stießen.

Nun hätte man annehmen sollen, daß die republikanische Regierung und ihr sozialdemokratischer Arbeitsminister diesem Streben der Gewerkschaften die bereitwilligste Unterstützung leihen würden. Zu den ersten Mitteln des vielerwähnten „Wiederaufbaues" sollte die ernsthafteste Sorge um das gesundheitliche und geistige Wohl der heranwachsenden Generation gehören, das durch die Lehrlingsausbeutung aufs schwerste getroffen wird. Die Abschlachtung einer älteren Generation im Kriege sollte nun wieder gut zu machen suchen durch besondere Pflege der kommenden Generation. Solche Gedanken würden zu den Reden, besonders zu den Wahlreden der Kandidaten der Regierungsparteien und zu den „Programmen" der Minister ganz gut passen, sie würden als Bestandteil der vielgepriesenen Demokratie durchaus nicht als Fremdkörper erscheinen, wenn diese Demokratie nicht ein hohler Darm und wenn die Reden und Programme nicht eitel Spiegelfechterei zum Zwecke des Stimmenfanges wären.

In Wirklichkeit sieht die Geschichte so aus. Der Reichsarbeitsminister Schlicke hat in einem Erlaß über das Lehrlingswesen folgende Untat begangen:

„Das Reichsarbeitsministerium hat seinen früheren Standpunkt hinsichtlich der Regelung des Lehrlingswesens in Tarifverträgen aufgegeben und entschieden, daß der Tarifvertrag sich der Regelung des Lehrlingswesens zu enthalten habe. Es sind daher in Tarifverträgen alle Bestimmungen über die Anleitung und die Höchstzahl von Lehrlingen, über die Dauer der Lehrzeit, insbesondere auch über die Festsetzung der Vergütung für die Lehrlinge, ungültig."

Also Herr Schlicke hat seinen Standpunkt aufgegeben! Das soll bei rechtssozialistischen Ministern schon öfter vorgekommen sein. Aber dadurch kommt der Mann nicht nur in engste Berührung mit den Scharfmachern aller Grade — die Holzindustriellen haben erst soeben den Reichstarifentwurf des Holzarbeiterverbandes verworfen, weil er Bestimmungen über das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge enthielt —, sondern er geht durch diese Kundgebung weit zurück selbst hinter die in sozialpolitischer Hinsicht dunkelste Zeit des Kaisertums, denn ein direktes Verbot der Regelung der Lehrlingsverhältnisse im Tarifvertrag — das blieb einem rechtssozialistischen Arbeitsminister und ehemaligen Gewerkschaftsführer vorbehalten.

Die Arbeiteretern aber, vor allem die Mütter, die es somit Herrn Schlicke und seinen Koalitionsfreunden verdanken, daß ihre Söhne von rückständigen Kleinmeistern weitergeschunden werden, mögen auch darauf am 6. Juni die Quittung erteilen.

## Oeffentl. Wählerversammlungen der U. S. P.

**Staatsangestellte und Beamte!**

Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr: Schöneberg, Barbarossaplatz, Chamissoschule.

Sonntag, den 30. Mai, vormittags 10 Uhr: Weinmeisterstraße 16/17, Sophienlyzeum.

Montag, den 31. Mai, abends 8 Uhr: Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3.

Dienstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr: Viehof-Börse, Eldenaer Straße.

Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr: Müllerstraße 158/159, Ecke Triftstraße (Schulaula).

Tagesordnung:

„Die Staatsangestellten und Beamten und der neue Reichstag."

Referenten: Dittrich, Hoffmann, Zachert, Luise Zietz und Fritz Zubeil.

## Heute Sonnabend:

**Wählerversammlungen der U. S. P. D.**

10. Distrikt: Wahldemonstration. 5½ Uhr Treffpunkt Arkona-Platz, an der Ruppiner Schule.
Wilhelmsdorf-Halensee: 7½ Uhr, Aula des Bismarck-Gymnasiums.
Tempelhof: Realgymnasium, Kaiserin-Augusta-Straße 19/20.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel, Rahnsdorf: 8 Uhr, Ostrowicki, Wilhelmshagen.
Schönfließ i. M.: 8 Uhr, Schirmer.

## Aus den Wählerversammlungen.

Das Aktionskomitee der Gastwirtsgehilfen der S. P. D. hatte zum Freitag eine öffentliche Versammlung nach dem Café Stern einberufen. Der Referent Stadtverordneter Ritter und Staar von der Hauptverwaltung der Gastwirtsgehilfen führten das Verhalten der sozialdemokratischen Partei und die Arbeit der Mitglieder der Nationalversammlung in Treffen. Von seiten der U. S. P. widerlegte Genosse Gabel die Ausführungen, indem er auf die bisher betriebene Politik der Rechtssozialisten hinwies. Die Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der sie sich verpflichtete, für die Richtlinien der U. S. P. einzutreten und am 6. Juni nur dieser Partei ihre Stimme zu geben.

Der Gastwirtsgehilfen-Verband beruft zum Dienstag, den 1. Juni, nachts ½12 Uhr, drei öffentliche Versammlungen ein nach den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße, Zentral-Festsäle, Alte Jakobstraße und Café „Am Nollendorfplatz", Tagesordnung „Die Gastwirtsangestellten und die Reichstagswahlen".

Die vier Wählerversammlungen auf dem Gesundbrunnen, die gestern abend von unserer Partei veranstaltet wurden, waren stark besucht. Redner waren die Genossen Dr. Rosenberg, Weyer, Greisenberg und Nonack. Eine große Anzahl neuer Mitglieder und „Freiheit"-Leser wurden wieder gewonnen.

## Schulden können nicht sozialisiert werden.

Einen außerordentlich bemerkenswerten Geschäftsbericht gibt die Sächsische Wollgarnfabrik A.-G. vormals Tittel & Krüger in Leipzig-Plagwitz heraus. Nach Abschreibungen in Höhe von 800 000 M. (voriges Jahr 100 000 M.) erzielte die Gesellschaft einen Ueberschuß von 8 005 172 Mark (882 967 M.). Die Aktionäre sollen 10 Proz. Dividende bekommen und außerdem eine Extravergütung von 50 Proz. Ferner wird eine Erhöhung des Aktienkapitals von 5 auf 10 Millionen Mark vorgenommen, die neuen Aktien sollen den Aktionären im Verhältnis zu 1:1 unter Vergütung von 500 Mark aus dem Ueberschuß angeboten werden. Die Verwaltung teilt mit, daß das Unternehmen während des größten Teils des verflossenen Jahres auf die Zuweisung von Rohmaterial aus Reichsbeständen angewiesen war. Nach Aufhebung der Blockade wurde von der Möglichkeit zu Einkäufen von Wolle im Auslande Gebrauch gemacht. Bei dem herrschenden Mangel an Wollwaren aller Art fanden die Erzeugnisse zu stetig steigenden Preisen schnell Absatz, und der Umsatz erfuhr daher eine wesentliche Erhöhung.

Das Verlangen der Arbeiter nach schleunigem Beginn der Sozialisierung wurde von den Regierungsparteien immer wieder mit der Behauptung abgetan, daß Schulden nicht sozialisiert werden könnten. An diesem Beispiel, das durch zahllose ähnliche jeden Tag ergänzt werden kann, ersieht man jedoch, wie günstig die Kunjunktur für das Kapital ist und daß es sich bei einer Sozialisierung keineswegs um eine Sozialisierung von Schulden handeln würde. Geradezu ungeheuerlich wirkt die Mitteilung, daß der Reingewinn des Unternehmens vornehmlich der Tatsache zu verdanken ist, daß ihm aus Reichsbeständen Rohmaterial zugewiesen worden ist. Es ist himmelschreiend, daß die Regierung, anstatt durch Sozialisierungsmaßnahmen den Unternehmergewinn zugunsten des Gemeinwohles zu beschränken, den Profitgeiern die Millionen geradezu in den gefräßigen Rachen wirft.

## Neue Gewaltmaßnahmen im Ruhrgebiet.

**Es wird weiter verhaftet!**

Obwohl die Regierung angeordnet hat, daß alle Personen, die an der Abwehr des Kapp-Putsches beteiligt waren, außer Verfolgung zu setzen sind, setzen die Justizbehörden im Ruhrgebiet ihr Rachewerk gegen die sozialistische Arbeiterschaft fort. Es wurden zwar in den letzten Tagen eine Anzahl Personen aus der Haft entlassen, dafür fahndeten die Häscher der Kriegsgerichte aber sofort nach neuen Opfern. In den letzten 14 Tagen sind wiederum viele Arbeiter verhaftet worden, nur weil sie während der Kapptage gegen die konterrevolutionären Freikorps Stellung genommen hatten. Von den Verhafteten sind wiederum zwei Personen „auf der Flucht" erschossen worden. Die bürgerliche Presse schweigt diese neue Schandtat der Militaristen tot. Eine große Anzahl von Personen sitzt noch in Haft, es kann ihnen nichts weiter vorgeworfen werden, als daß sie während des Kapp-Putsches Waffen getragen haben. Die Regierung ist verpflichtet, für die Entlassung dieser Leute schnellstens Sorge zu tragen. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß die Justizbehörden die Anordnungen der Regierung sabotieren, daß sie nach allerlei Schlichen und Auswegen suchen, um das begonnene Rachewerk planmäßig durchzuführen. Dabei ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die Leute absichtlich längere Zeit in Haft behalten werden, damit sie bei den Wahlen nicht agitatorisch hervortreten können. Denn es handelt sich bei den Verhafteten zumeist um Funktionäre der Unabhängigen Partei.

In den letzten Tagen ist in Nürnberg auf Anweisung der Rheinisch-Westfälischen Justizbehörden der Kommunist Adolf Meinberg verhaftet worden. Auch gegen Meinberg liegt nichts weiter vor, als daß er sich an der Abwehr des Kapp-Putsches beteiligt hat. Er hat nach Abschluß des Bielefelder Abkommens sich mit aller Energie für den Abbruch des Kampfes eingesetzt, so daß selbst der Minister Severing sich auf Meinberg berufen konnte. Auch der rechtssozialistische Abgeordnete Osterroth hat wiederholt das vorbildliche Wirken Meinbergs anerkennen müssen. Auch unser Parteigenosse Stemmer, ein Lehrer, ist vor einigen Tagen in Witten verhaftet worden. Er soll vom „Hauptquartier Hörde" aus den Sturm auf Dortmund geleitet haben. Das ist eine glatte Unwahrheit, denn tatsächlich hat Stemmer nicht den Kampf gegen Dortmund geleitet, sondern er ist von dem Bürgermeister Cunow aus Hagen als Vermittler mit nach Dortmund genommen worden, um die dort ausgebrochenen Kämpfe abzubrechen. Die Verhaftung Stemmers ist also nichts weiter als ein brutaler Racheakt. Dem rechtswidrigen Treiben der Justizbehörden im Ruhrgebiet wird aber nicht eher Einhalt geboten werden können, als bis die Kriegsgerichte beseitigt sind.

*

Die Justiz- und Militärbehörden im Ruhrgebiet tanzen der Regierung und ihren Zivilkommissaren nach wie vor nach Belieben auf der Nase umher und scheren sich den Teufel um die Versprechungen, die der Arbeiterschaft nach dem Niederschlagen des Kapp-Putsches gemacht worden sind. Remscheid sowie der Landkreis Lennep sind gestern wieder mit Sicherheitswehr belegt worden, und die Berichte von offiziöser Seite besagen kühl, daß das Beziehen der Kasernen ohne jeden Zwischenfall verlaufen sei.

Zu den Erschießungen auf der Flucht schreibt der „Vorwärts", diese Vorgänge gemahnten an mexikanische Verhältnisse. Warum so sehr in die Ferne schweifen? Uns erinnern sie lediglich an die Epoche der Herrschaft Noskes. Uns beweisen sie nur, daß die neue Regierung ebenso verbrecherisch dumm oder unfaßbar unfähig ist, wie die Regierung Bauer-Noske, obwohl sie durch den Kapp-Putsch gewarnt ist.

---

**Beilegung der Streitigkeiten im Bankgewerbe.** Am 26. Mai haben im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Ministerialrats Dr. Sitzler Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden des Bankgewerbes stattgefunden, die eine baldige Beilegung der vielfachen örtlichen Streitigkeiten erhoffen lassen. Auf Grund der Verhandlungen hat der Reichsarbeitsminister den Parteien eine vorläufige Regelung vorgeschlagen, in der die Gewährung besonderer Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Februar 1920 an und die Aufnahme neuer Reichstarifverhandlungen in Aussicht genommen ist. Die Verbände haben sich bis zum Sonntag, den 30. Mai, zu dem Vorschlage zu erklären.

**Die Nachprüfung der Veröffentlichungen Eisners.** Die Parlamentskommission des bayerischen Landtags, welche beauftragt war, die Veröffentlichungen der Eisner-Regierung aus den diplomatischen Akten nachzuprüfen, hat ihre Arbeiten schon vor längerer Zeit abgeschlossen. Eine Drucklegung des ziemlich umfangreichen Materials war bisher aber nicht möglich. Die endgültige Meinungsäußerung in dieser Sache bleibt dem neuen bayerischen Landtag vorbehalten.

**Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften.** Vom 9. bis 12. Juni findet im Haag ein Internationaler Kongreß der christlichen Gewerkschaften statt. Dem Kongreß ist bereits eine Konferenz von Vertretern der deutschen, französischen, belgischen und holländischen christlichen Gewerkschaften vorausgegangen. Der Kongreß soll die während des Krieges gelockerten internationalen Beziehungen wiederherstellen.

**Amerikanische Kinderspeisungen.** Die von den Amerikanern ins Leben gerufene Speisung unterernährter Kinder wird auf das ganze von ihnen besetzte Gebiet ausgedehnt. Es kommen in Betracht aus dem Kreise Neuwied 1500, Montabaur 800, Mayen 800, Koblenz-Land 500, Ahrweiler 500, Kochem 300, Adenau 200.

**Anwachsen der australischen Gewerkschaften.** Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften betrugen: 1900: 842 [illegible], 1910: 302 120, 1912: 433 224, 1914: 523 271, 1916: 516 550, 1918: 581 755.

**Bescheidene Wünsche.** Nach einer Reutermeldung fordert Kanada von Deutschland eine Entschädigungssumme von 1871 Millionen Dollar einschließlich 51 Millionen Dollar wegen Kriegsführung mit ungesetzlichen Mitteln.

# Schuhhaus Berlowitz

Münzstr. 24
Erste Etage

**Eleg. braune Damen-Halbschuhe M. 167.50**

---

## Theater und Vergnügungen.

**Volksbühne**
Sonnabend 7 Uhr:
Das Kätchen v. Heilbronn.

**Neues Volkstheater**
Köpenicker Str. 68.
7½ Uhr Die Gewaltlosen

**Staatstheater**
Opernhaus:
Anfang 7 Uhr:
Iphigenie auf Tauris
Schauspielhaus:
Anfang 7 Uhr.
Der Marquis v. Keith.

Direktion: Max Reinhardt
**Deutsches Theater**
7½ Uhr: Und Pippa tanzt
Sonntag 7½ U.: Dame Kobold.
Montag 7 Uhr: Der lebende Leichnam.
Sommerspielzeit
ab Dienstag, den 1. Juni allabendlich 7½ U. Max Pallenberg in „Auch ich war ein Jüngling . . . .

**Kammerspiele**
7½ Uhr: Stella.
Sonntag 7½ Uhr: Stella.
Montag 7 U.: Gabriel Schillings Flucht.
Sommerspielzeit
ab Dienstag, den 1. Juni
7½ Uhr: Die Büchse d. Pandora.
Mittwoch zum 1. Male
7 Uhr: Taifun.

**Großes Schauspielhaus**
Karlstraße
7 U.: Julius Caesar (Auß. Abon.
Sonntag 3 Uhr: Julius Caesar (Nachmittags Abteilung A., 4. Vorstellung)
7 U.: Julius Caesar (Auß. Abon.)
Montag 7½ Uhr: Orestie.
(43. Abteilung III. Abend.)

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
**Königgrätzer Straße**
7½ U.: D. große Katharina
u. Mit d. Feuer spielen.

**Komödienhaus**
Täglich 8 Uhr:
Die Reise in die Mädchenzeit

**Berliner Theater**
7½ Uhr: Der letzte Walzer

**Lessing - Theater**
Heute bis Montag
7½: Frau Warrens Gewerbe
(Bertens, Servaes, Steinrück)

**Deutsch. Künstl.-Theater**
Bis einschließlich 31. Mai ohne Lustbarkeitssteuer
Allabendl. 7½ Uhr Menagerie
(Max Adalbert, Kurt Götz)

**Neues Operettenhaus**
Direktor: Jean Kren
Abends 8 Uhr:
**Prinzessin Friedl**

**Trianon - Theater**
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich 7½ Uhr:
Ida Wüst in
**Myrrha**
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Johannisfeuer

**Residenz - Theater**
(Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Klosterstr.)
Täglich 7½ Uhr:
**Die Raschhoffs**
Sonntag 4 Uhr kleine Preise:
Der gute Ruf.

**Casino - Theater**
7½ Uhr: Onkel Cohn
Volksstück in 3 Aufzügen

**Walhalla - Theater**
Täglich 7½ Uhr:
Unsere Magdalenen.
Sg. nachm. 3 U.: Das Gesetz

**Rose - Theater**
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Gartenbühne:
7½ Uhr: Das Lied der Liebe

**Apollo-Theater**
Friedrichstr. 218.
7½ Allabendlich Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté - Programm!

Theater am Moritzplatz
Tel. Moritzplatz 14814.
Täglich 7½ Uhr
**Elfte Sänger**
Kinderchen - Konzert.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6.

---

**Berliner Prater**
Kastanien-Allee 7—9
12 Variete-Sensationen 12
In der Tanz-Diele **Großer Ball**
Anfang 7½ Uhr

**Circus Busch**
7½ Nur noch wenige Tage 7½
Das große Circus-Programm und die Pantomime
„Der Wilddieb"
Schluß d. Circ.-Sais. 31.5.1920

**Voigt-Theater**
Badstraße 58.
Sommerbühne:
Täglich nachm. 4 Uhr:
Spezialitäten
anschließend:
Kaiserplatz 3, Eine Treppe
Operette in 3 Akten
von Schottländer.

Lehrer-Vereinshaus
Alexanderplatz
**Dir. Kossner**
der unvergleichliche Zauberkünstler
mit seinem prachtvollen Palast der Illusionen.
Täglich abends 8 Uhr.
Sonn- u. Festtags 4 Uhr und 8 Uhr.

Kammertanzspiele
Bülowstr. 6 Lützow 1303
7½ Uhr **Schönheitstänze**

**Luna-Park**
am Halensee
Terrassen
Einlaß ab 11 Uhr
Attraktionen ab 3 Uhr
Konzert ab 4 Uhr
Eintritt 3 M.
Elitetag 5 M.
60 Künstler: Gastspiel: Metropol-Theater-Orch.
60 Künstler
Dirigent Paul Hühn.
Wein-, Bier- und Mokka-Terrassen
Schatt. Konditoreigarten
Luna-Bar: 5-Uhr-Tee intimes Orchester
37 Attraktionen 37
Heute, Sonnabend
**Elite-Tag**
Grosses Feuerwerk
KONZERT
Tanz-Réunion
im Luna-Palais.

**Ausscheidungskämpfe zur Weltmeisterschaft im Mittelgewicht**
Alt-Germania-Brauerei
Frankfurter Allee 313.
Durch Auslosung täglich 3 Entscheidungskämpfe.
Heute, den 29. 5. ringen:
Pietro Scholz — Seifert
Berlin Sachsen
Schrader — Heide
Braunschweig Charlottbg.
Collen — Schoppe
Luxemburg Hannover
Vor den Kämpfen erstklassige Spezialitäten und Konzert.
Anfang 7 Uhr. Kämpfe 8½ Uhr.

Schloßbrauerei
**Schöneberg**
Hauptstr. 122/123 Dir. E. Krämer
Heute ringen:
Tornoff gegen Döring
Finnland Elbing
Budrass gegen Löwe
Ostpr. Schlesien
Entscheidungskampf
Achner gegen Audrien
Bayern Rheinland
Vorher:
Konzert und Varieté.
Anfang 7 Uhr / Ringkämpfe 8½ Uhr

---

**Wilmersdorfer Stadtpark**
Sommertheater des Westens
Inh.: Ernst Rohr :: Kaiser Allee 51-52
Sonntag, den 30. Mai, sowie täglich
Theater- und Varieté - Vorstellung I. Ranges
12 Attraktionen : Großes Orchester
unter anderem zum 1. Male in Deutschland
**Rosoff?** Das mysteriöse Rätsel des 20. Jahrhunderts
sowie
das Sensations-Programm Gr.-Berlins
Anfang des Konzerts: Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6 Uhr. — Anfang der Vorstellung: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7 Uhr.
Voranzeige: In den nächsten Tagen Beginn der Weltmeister-Ringkämpfe und Boxkämpfe. Im Parkettsaal: Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: Großer Ball.

**Reederei Kahnt & Hertzer**
Fernspr.: Königstadt 2062
Dampfer-Extrafahrten ab **Waisenbrücke**
Jed. Mittw. u. Sonntag 8 Uhr Teupitz Tornow Idyll | Jed. Sonnt. 8½ n. 2 Uhr Krampenburg
Am Sonntag 9 Uhr Woltersdorf

**Plänterwald**
ehemalige städt. Eierhäuser
Bekanntmachung
Jeden Sonntag:
Frühkonzert
Eintritt frei.
**Treptow**

Die Bewährte Groß-Marke

**Schnellaufbohrer, Werkzeugbohrer, neue, Schmirgelleinen**
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
**Henschel,**
Moabit, Rostocker Str. 22.

## Die Bibel der Ehe

Mit Recht kann das Werk von Dr. jur. Spier
**Die Schule der Ehe**
Ein Lebensbuch zur Pflege des ehelichen Glücks
so genannt werden. Wie viele Millionen Menschen gehen unberaten und naiv in die Ehe, weil eine unendliche Summe menschlichen Glücks ist in Scherben gebrochen, weil viele Ehen falsch und unvorteilhaft geführt wurden. — Dieses Werk mit seinem vorsorgenden und aufklärenden Tun kann so viel Unheil verhüten und ist daher wie geschaffen, ein Ratgeber für alle diejenigen zu sein, die ein wirkliches Glück in der Ehe finden wollen.
Das Werk umfaßt 15 Kapitel und ist ca. 700 Seiten stark. Preis vornehm gebunden Mk. 31.30. — Zu beziehen durch
Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27.

**Herren-Garderobe**
Anzüge, Paletots,
Cutaways mit gestr. Hose
größte Auswahl, besonders preiswert.
Teilzahlung gestattet!
**Beiser, Lothringer Str. 67**

# Santa Lucia

Südwein, verdankt seine feurige Süße der Sonne des Südens.
Depot: N 4, Bergstraße 34, Norden 6822. Ueberall käuflich.

## Aus der Werkstatt der Revolution

von
**Emil Barth.**
Wer den 9. November, seine Vorarbeiten und sein Werden, den Verrat an der Revolution und die Ursachen des Revolutionsniederganges kennen lernen und für die Zukunft richtige Wege gehen will, der **muß** diese Schrift lesen.
Zu beziehen durch: **A. Hoffmanns Verlag,**
Blumenstraße 22.

---

# Schriften für den Wahlkampf

**Programm und Taktik der USP.** Von Artur Crispien . . . . . . . . Mk. 3.00
**Die Frauen und das Rätesystem.** Von Toni Sender . . . . . . . . Mk. 1.20
**Die Frauenerwerbsarbeit.** Von Mathilde Wurm . . . . . . . . Mk. 1.00
**Das Schulprogramm.** Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USP. eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. — Mit einem Vorwort von Georg Ledebour Mk. 1.50
**Die Diktatur der Demokratie** Mk. 0.40
**Willst Du arm und unfrei bleiben?** Von Luise Zietz. Ein Aufruf an die Frauen des werktätigen Volkes. Herausgegeben vom Zentralkomitee der U.S.P.D. 16 Seiten . . Mk. 0.30
**Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar am 26. 7. 1919.** Von Hugo Haase. 24 Seiten . . . . Mk. 0.75
**Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe.** 48 Seiten . . . . . . . Mk. 1.00
Aus dem Inhalt: Generalstreik und Straßenkämpfe. — Die Kommunisten und die Straßenkämpfe. — Wie es kam. — Verlorene Berichterstattung. — Der Polizistenmord in Lichtenberg. — Standrecht und Massenhinrichtungen. — Die Regierungstruppen. — Nur bedingungslose Uebergabe. — Die Mitschuld der Regierung. — Was nun? — Anhang: Das Revolutionsprogramm der U. S. P. D.
**Eichhorn über die Januar-Ereignisse.** Meine Tätigkeit im Berliner Polizeipräsidium und mein Anteil an den Januar-Ereignissen. Von Emil Eichhorn, Mitglied der National-Versammlung. 104 Seiten . . . . . . . . . . Mk. 2.50
**Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten.** Von Arthur Crispien. 32 Seiten Mk. 0.60
**Der moralische Zusammenbruch der S.P.D.** 24 Seiten . . . . . . . . Mk. 0.75

## Das Reichswahlgesetz

**mit Wahlkreiseinteilung und Wahlordnung**
Von Emil Eichhorn. Mark 4.00.

**Was ist Sozialisierung?** Von Karl Kautsky. Referat, gehalten auf dem 2. Reichskongreß der A.-, S.- und B.-Räte am 14. April 1919. Zweite erweiterte Auflage. 32 Seiten . . . . . . . . . . . . Mk. 1.50
**Was ist Sozialisierung?** Von Karl Korsch. Ein Programm des praktischen Sozialismus. Mit Anhang. 48 Seiten Mk. 1.00
**Ledebour vor den Geschworenen.** Von Georg Ledebour. Eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann bringt diese Schrift die wörtliche Wiedergabe der Verteidigungsrede, die Ledebour am 2. Verhandlungstag vor den Berliner Geschworenen in Erwiderung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen hielt. 48 Seiten . . . . . . . . . . . . Mk. 1.00
**Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.** Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten . . . Mk. 6.00
**Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution.** (Beobachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten) 32 Seiten . . . . . . . . . . . Mk. 1.00
**Die deutsche Arbeiter-Revolution.** Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19. 48 Seiten . . . . Mk. 1.50
**Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten.** Von Heinrich Ströbel. Diese Schrift enthält Aufzeichnungen, die Ströbel, ehemaliger Redakteur des „Vorwärts", aus intimster Kenntnis aller Vorgänge bereits im Juli 1917 veröffentlicht hat. Man erfährt aus ihnen viele bisher unbekannte Tatsachen über die Haltung der Rechtssozialisten während des Krieges. 68 Seiten . . . Mk. 2.00
**Die Münchener Tragödie.** (Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik München.) 64 Seiten . . . . . . . Mk. 2.00

**Verlagsgenossenschaft „Freiheit"**
Abteilung Buchhandel :: Breite Straße 8-9

---

**Ohne Untersuchung**
Keine erhöhten Prämien
Volle Dividende
bei der
**O-POLICE**
der
„Ceres"
Bremen-Hannoverschen Lebensversicherungs Bank AG
BERLIN W 9
Bellevuestrasse 14
Gegr. 1867
Versicherungsbestand über 400 Millionen Mark
Vertreter gesucht.

Zinn! Lötzinn! Weissmetall!
Kupfer! Rotguss! Messing! Aluminium!
Nickelabf.! Blei! Zink! Glühstrumpfasche!
Quecksilber! Stanniolpapier!
Zahngebisse, Zahn bis M. 75.—.
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch!
**höchstzahlend:** Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstr. 31 (Telef.: Alex. 4242)

**Dachpappen,**
in verschiedener Stärke, auch einzelne Rollen.
**Dachpix,**
zum Streichen (Teeren) der Pappdächer.
**Faserkitt und Klebemasse,**
zum Dichten schadhafter Dächer.
**Streichfertige Farben,**
für Dachpappe, Holz und Mauerwerk.
**Dachpix-Gesellsch., Alt-Moabit 75**
Verkauf im Fabrik-Kontor.
Telephon: Moabit 7079 und 888.

**Für Zeitungspapier**
sowie alle anderen Sorten **Altpapier**
zahlt die höchsten Preise wie allbekannt die
**Produktenhandlung,**
Berlin SO., Oranienstraße 184.

**Eigenheim-Parzellen**
direkt am Bahnhof Teltow, besonders günstige Lage, Acker, Friedenspreise, daher äußerst vorteilhafte Kapitalsanlage, geringe Anzahlung, langj. Amortisation.
**M. Buchholz,** Berlin W 8, Jägerstr. 13.

Entferne persönlich unter Garantie
**Tätowierungen** | ohne Stechen, ohne Schneiden.
Nichterfolg ausgeschlossen. Sprechz. 10-5.
**Cuiller,** Kaiserstr. 41 II, Nähe Alexanderpl.

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden: speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvarsan-Kuren, Licht-Behandlg., Höhensonne, Bestrahlungen. Getrennte Wartezimmer. In der Heilanstalt von
**Löser, Münzstr. 9,** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8, Sonntags 9-1.

**Spezialbehandlung**
für Haut- und Geschlechtsleiden
**C. Weissert,** Invalidenstr. 147 I. Etage, Ecke Bergstraße.
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-8. Sonntags 10-12

**Spezial-Arzt**
für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Mäßige Preise.
Dr. med. Lommer. Sprechzeiten 10-1, 4-7, Sonnt. 10-12.
**Brunnenstr. 185** (Rosenth. Platz).

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell veraltete hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Gegen Lues, komb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen. Im ersten und
**Dir. Löser senior** ältesten Kur-Institut von 9—1, 4—8. Sonnt. 9—1.
**Nur Rosenthaler Str. 69-70** Damen separat. Rosenthaler Platz.

**Dynamo- u. Spulendrähte**
blank und umsponnen, jedes Quantum, kaufen höchstzahlend
**Elektro-Büro Lustig & Co.,** O 27, Großer Weg 10, Königstadt 4232 u. 281.

**Briefmarken, Münzen**
kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 10621

**Botenfrauen**
stellt sofort ein
Sped. Döring
Steinmetzstr. 23

**Botenfrauen**
stellt ein
Spedition W. Glamann
Reinickendorf - W.
Schillingstraße 21

# Die Entwicklung der Valuta und die Ursachen der Wirtschaftskrise.

Vortrag, gehalten vor den Funktionären des Holzarbeiterverbandes.

Von Rudolf Hilferding.

III.

Wir haben gegenwärtig einerseits jene Verringerung des Konsums, die den Absatz im Inland außerordentlich hemmt; gleichzeitig damit haben wir eine verringerte Exportmöglichkeit, weil die Differenz zwischen den deutschen Preisen und den Weltmarktspreisen durch die Hebung der Valuta bedeutend verringert worden ist.

Infolgedessen erleben wir augenblicklich eine Absatzkrise. Wir haben sie deshalb, weil die Leute, die heute Warenlager in der Hand haben, sich diese zu einer Zeit anlegten, wo die deutsche Mark noch sehr entwertet war. Soweit die Waren vom Auslande stammen, haben sie diese verhältnismäßig hoch eingekauft und wollen deswegen keine Preisermäßigungen zugestehen. Sie erwarten, wenn sie eine Zeitlang aushalten werden, daß das Preisniveau sich halten werde. Sie sind der Meinung, daß das inländische Preisniveau noch immer nicht dem ausländischen vollständig gleich sei. Solange das aber noch nicht der Fall ist, besitzen sie ein Monopol im Inlande. Daher die Zurückhaltung auf dem Warenmarkte.

Da die Händler nichts abnehmen, schlägt das zurück auf die Produktion. Wir sehen, wie jetzt bereits Einstellungen und Einschränkungen in den Betrieben erfolgen, so in der Textil- und Schuhindustrie. In dem bekannten Zentrum der Schuhindustrie, Pirmasens, feiern gegenwärtig etwa 10 000 Arbeiter; von den etwa 15 000 Arbeitern der Aachener Textilindustrie steht etwa die Hälfte vor der Entlassung. Die Waren, die zur Weiterverarbeitung zur Verfügung stehen, sind außerordentlich hoch bezahlt, und die Fabrikanten fürchten, wenn sie diese Waren verarbeiten, beim Verkauf der Fertigfabrikate zu verlieren. Sie halten deshalb die Produktion zurück. Bei der Schuhfabrikation ist diese Frage akut geworden. Hier hätte die Regierung jedoch ein einfaches Mittel: man brauchte nur die Einfuhr von Leder freizugeben, um zu erzwingen, daß die Lederpreise in Deutschland heruntergehen. Es ist möglich, die Lereinfuhr zu begünstigen, andererseits müßte das Ausfuhrverbot in Schuhen aufrecht erhalten werden. So würden die Fabrikanten gezwungen, mit den Schuhpreisen herunterzugehen. Denn Leder ist eine Ware, bei der der Weltmarktspreis und der Inlandspreis gleich sind.

Auch in anderen Industrien sind Symptome dafür vorhanden, daß die jetzige Situation nicht von langer Dauer sein kann. Die Händler werden nicht in der Lage sein, ihre Warenlager sehr lange zu halten. Die Waren sind zum Teil bar bezahlt, zum andern Teil auf Kredit genommen.

Nun können wir gleichzeitig mit dieser Absatzkrise eine Kreditkrise beobachten. Die Kreditfrage ist heute aus zweierlei Ursachen schwierig geworden: Nehmen wir an, ein Kupferwalzwerk besitzt ein Aktienkapital von einer Million Mark. Es hat Kupfer auf Kredit gekauft. Der Kredit war gesichert durch die angekaufte, im Betriebe weiterzuverarbeitenden Menge des Kupfers. Wenn das Kupferwerk heute noch dieselbe Menge Kupfer verarbeiten will wie früher, so muß es statt einer Million vielleicht 25 Millionen dafür zahlen. Es ist aber natürlich schwerer, heute einen Kredit von 25 Millionen zu erhalten, als damals einen solchen von einer Million. Heute erhält die Industrie in der Tat sehr schwer Kredite, obwohl sie gern 9 bis 10 v. H. Zinsen zahlen will.

Noch viel schwerer wird die Sache beim Handel. Wenn der Handel Kredit in Anspruch nimmt so bekommt er ihn nur auf kurze Frist und gegen genügende Sicherheit. Die Händler, die Warenlager haben, sind aber wenig kreditwürdig geworden, denn durch die steigende Valuta ist ihr Warenlager weltwirtschaftlich außerordentlich im Wert gesunken. Die Kredite werden unsicher, infolgedessen drängen die Banken auf Rückzahlung und so haben einerseits die Händler zwar die Tendenz, die Ware zurückzuhalten, andererseits haben aber die Banken die Tendenz, zum Verkauf zu drängen. Das ist eine Situation, in der der Handel der schwächere Teil ist.

Diese Kreditkrise, die sich ankündigt, wird zur Folge haben, daß die Zurückhaltung im Absatz nicht allzu lange dauern wird und wir können daher mit einiger Wahrscheinlichkeit annehmen, daß tatsächlich ein gewisses Sinken des Preisniveaus stattfinden wird. Dann werden die Kartenhäuser, die errichtet worden waren in der Annahme des weiteren Fallens der Valuta, zusammenstürzen. Wir werden eine Reihe von Bankerotten erleben, die reinigend wirken werden. Sie werden die Schleichhändler, Kettenhändler und Warenspekulanten ausschalten. Es ist aber klar, daß diese Möglichkeit durchaus noch nicht genügt.

Die wichtigste Ursache der Absatzkrise besteht darin, daß das Einkommen aller auf Arbeit angewiesenen Bevölkerungsschichten Deutschlands weit zurückbleibt hinter der Anpassung, die die Preise erfahren haben. Unsere Löhne betragen heute in Deutschland vielleicht nur ein Fünftel, vielleicht sogar nur ein Siebentel derjenigen Löhne, die im Auslande, in den Vereinigten Staaten, England, Holland, Dänemark, Schweden, an ähnliche Arbeiterkategorien gezahlt werden. Das Problem ist also die Anpassung der Löhne an die Preise. Dieses Problem ist auf zweierlei Weise zu lösen. Es ist lösbar auf kapitalistische und auf sozialistische Weise. Wie es auf kapitalistische Weise gelöst wird, sehen Sie. Wir haben eine Zeitlang unter großen Aufwendungen von sozialer Kraft Lohnsteigerung durchgesetzt, die immer wieder durch die Preiserhöhungen unwirksam geworden sind. Wir kommen vielleicht in ein Stadium, wo diese Konfiskation der Lohnsteigerungen zeitweilig unterbrochen wird. Aber wenn auch die Kaufkraft des Lohnes nicht mehr so rasch sinkt wie in den früheren Monaten, so erfolgt aber gleichzeitig damit eine Produktionseinschränkung. Die Absatz- und Produktionskrise macht die Arbeiter zum Teil arbeitslos und schafft also eine Situation für die gesamte Arbeiterschaft, die eine Lohnsteigerung außerordentlich erschwert. Dieser Zustand bedeutet Arbeitslosigkeit und Erschwerung aller Lohnkämpfe. Die kapitalistische Lösung der Frage bedeutet also, daß eine allmähliche Anpassung erfolgt auf Kosten und unter beständigen Opfern der Arbeiterschaft. Aber die rein automatische Lösung würde nicht ausreichen. Selbst innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung müßten staatliche Eingriffe gefordert werden. Es müßte dafür gesorgt werden, daß die Kaufkraft des Lohnes von Staats wegen geschützt wird. Es müßte die gesetzliche Einführung der Bestimmungen über gleitende Lohnskalen erlassen werden, so daß mit dem Steigen der Preise automatisch die Arbeiter steigende Löhne erhalten.

Aber selbst eine solche gleitende Lohnskala kann nicht verhindern, daß Produktionsschwierigkeiten eintreten, daß die gesamte soziale Widerstandsfähigkeit der Arbeiterschaft gelähmt wird. Jede kapitalistische Lösung der Krise bedeutet daher eine Lösung auf Kosten der Arbeiterklasse und ein Hinausziehen der Gesundung des Wirtschaftslebens.

Es wäre allerdings auch nur eine Gesundung im kapitalistischen Sinne. Eine Gesundung des Wirtschaftslebens im Interesse der Gesamtheit kann nur durch eine sozialistische Lösung erfolgen. Die Produktion muß aufhören, anarchisch zu sein. Unsere Regierung und auch die rechtssozialistische Presse hat immer wieder erklärt, Deutschland müsse mehr produzieren. Es sei notwendig, daß intensiver gearbeitet werde. Die Unternehmer entfalteten eine unablässige Propaganda für die Beseitigung des Achtstundentags. Obwohl Deutschlands Produktionsfähigkeit gestiegen ist, stehen wir heute vor einer Absatz- und Produktionskrise. Die arbeitswillige Arbeiterschaft wird von den arbeitsunwilligen Kapitalisten an der Produktion gehindert, und das in einem Momente, in dem wir unbedingt Erhöhung der Produktion gebrauchen, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken. In demselben Moment, in dem jede Steigerung der Produktion begrüßt werden mußte, weil sie allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen könnte und vor allem der bedürftigen Bevölkerung, verhindert die Kapitalisten durch ihren Widerstand gegen die so notwendige Anpassung der Löhne an die Weltlöhne, die Absatzmöglichkeit, und durch diesen Wahnsinn verhindern sie Deutschland an der Produktion.

Das kann nicht beseitigt werden durch den Kapitalismus, der für einen möglichst hohen Profit inmitten einer allgemeinen Verelendung produziert, sondern die Produktion muß nach dem Bedarf eingerichtet werden. Die aus der kapitalistischen Ueberproduktion erfolgten Krisen sind schon früher der größte Wahnsinn gewesen, da ein großer Teil des Konsumbedürfnisses auch damals nicht befriedigt wurde. Aber heute, wo jeder nach Ware hungert, und 95 Prozent des deutschen Volkes unbedingt Kleidungsstücke und Schuhe brauchen — in einer Zeit des Hungers werden diese Produkte nicht hergestellt, weil der Kapitalismus Preise fordern muß, die einfach nicht erschwinglich sind. Wir könnten Ware herstellen, wir werden aber vom Kapitalismus daran gehindert, weil der Profit unter diesen eigentümlichen ökonomischen Umständen zu gering wäre. Das ist ein absoluter Wahnsinn, der nur überwunden werden kann durch eine sozialistische Wirtschaft, die das Profitstreben beseitigt und die Produktion einstellt für den Bedarf. Diese Umstellung auf den Sozialismus ist niemals notwendiger gewesen wie gerade jetzt; weil der Kapitalismus zu einem Hemmschuh der Produktion geworden ist. Denn die Absatz-, Geld-, Kredit- und Produktionskrise kann kapitalistisch nur unter Verelendung der breiten Massen gelöst werden, da die kapitalistische Hebung der Produktivität durch kapitalistische Hemmungen der Produktion immer wieder unterbrochen wird. Sozialistische Lösung bedeutet dagegen eine kontinuierliche Steigerung der Produktion unter Vermeidung der Krisen und bei gleichzeitiger Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen.

Ich habe absichtlich gesagt, es wären zweierlei Lösungen möglich, weil ich nicht der Meinung bin, die in vielen Kreisen propagiert wird, daß irgendwie ein Zusammenbruch des Wirtschaftslebens erfolgen und daß dann automatisch der Sozialismus den Kapitalismus ablösen würde. Ich habe gezeigt, daß auch eine kapitalistische Lösung der Frage möglich ist, aber auf Kosten der Arbeiterklasse.

Es ist wichtig, daß Sie verstehen, daß der Sozialismus nicht durch einen Zusammenbruch kommt, sondern aus dem Bewußtsein und dem Willen der Arbeiterklasse heraus, aus dem Bewußtsein, daß der Sozialismus notwendig ist, um dauernd eine Hebung Ihrer Lebenslage möglich zu machen. Nicht auf die Erringung einzelner Reformen ist die Hauptkraft anzuwenden, sondern es muß eine völlige Aenderung des Systems eintreten. Der Kapitalismus stürzt nicht von selbst, man muß ihn stoßen, und das können nur Massen, die erfüllt sind von sozialistischem Bewußtsein, die sich bewußt sagen, wichtiger als alle Reformen ist der Sozialismus, ist die grundlegende Aenderung des ganzen Wirtschaftssystems. Das ist das

---

60)

# Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

„Du brauchst mir's nit vorzurupfen! Hätt' ich damal getan, wie recht g'wesen, so blieb' mir hitzt nach drei Jahr'n in der Fern' und im zweiten daheim, 's Einsehen erspart, daß ich verspielt hätt', was mir allein taugt.“

„So laß verspielt auch für verloren gelten, trag', was auf dich zu liegen kommt und sinn' nit das Unglück, was dich mit deiner Bäu'rin betroffen, durch anderer Leut' Schaden ausz'gleichen. Mir nut' wenigstens nit zu, weil dir d' Weibernarrischkeit einschießt,*) daß ich dir die Narrin dazu abgäb'. Und hitzt wär' g'nug g'redt über so'n Unsinn!“

„Leni, ein Wort noch! Nit oft, noch auffällig, nur zeit- und randweis verlaub' mir 's Herkommen, ich will ja auch 'm Kind nachschau'n' —“

„'m Kind? Das geht dich doch gar nichts an und mich nur so weit, daß 's sein Leben b'hält und sein' Pfleg' hat, 's is af ein's andern Duldung ang'wiesen, einer ledigen Dirn' Kind und hat kein' Vadern.“

„Wer weiß, was d' Zeit bringt! Es könnt' 'n ja noch krieg'n. —“

„Dir is wohl 's Geblüt in Kopf g'stiegen?“

„Nein, Leni, nein, ich red' nit unüberlegt. Wie lang' kann 's denn mit meiner Bäuerin währen? Vielleicht nimmt s' unser Herrgott bald zu ihm, wär' ja auch 's beste für sie, denn heil und nütz' wird s' doch nimmer.“

„Schon dein'm Reden nach wär' der arme Hascher wohl besser im Himmel aufg'hoben. Aber ob sie fortlebt oder wegstirbt, das hat kein' Bezug; ich hab' kein' Anlaß, mein'm Mon 'n Tod z' wünschen, der is nit siech und steht in dein'n Jahr'n.“

„Er lebt auch nit ewig.“

„Toni! — Unser Herrgott verzeih' dir die Sünd' und mir, daß ich solch's anhör'!“

Toni hielt sie an der Hand zurück. „Er muß 's, Leni, er kann gar nit anders; sonst ließ er mich meiner Gedanken Herr werd'n, sonst ließ er mich an dein'm Trutz vertrutzen, sonst ließ er 's nit zu, daß ich dir nachtracht', als wär'n wir die zwei alleinigen Leut' af der Welt und uns b'stimmt! und wär's a Sünd', Leni, dir könnt' er nit an! Ich nimm alle af mich, — für dich nähm' ich jede Sünd' af mich, — für dich, was a himmelschreiende wär'! — für dich — Leni —“

Sie stieß ihn kräftig von sich und eilte hinaus.

Als die alte Zinshofer den Kopf zur rückwärtigen Türe hereinsteckte, lehnte der Bauer an einem Pfosten der vorderen, beide Handflächen an die Stirn gepreßt.

* * *

Der Mond schien in die Schlafstube des Holzschnitzers. Helene ruhte und träumte. Es war ein verworrenes Träumen.

— — — — — — — — — — — — — —

Sie stand in der Stube ihrer Mutter vor der blanken Spiegelscheibe, die dort im Fensterwinkel lehnte, sie hatte das stillvergnügte Gefühl einer frohen Erwartung, das kleine Gemach war gedrängt voll von Leuten, unter denen ihr welche, die sie täglich sah, wie fremd vorkamen, und andere, die sie sich nie gesehen zu haben erinnerte, wie längst bekannt; zu dem Fenster guckten der Muckerl und die alte Kleebinderin herein und schlugen wundernd die Hände zusammen und hinter ihr stand Toni und zupfte sie an den Zöpfen und kitzelte sie unter den Armen und fragte: Bist bald fertig? Und sie schrie ungehalten, aber doch lachend: Gleich, gleich!

Dann lief sie an den Leuten vorüber, — die eine Gasse bildeten, — unmittelbar in den Flur des Sternsteinhofes und die Treppe hinauf. In den schönen Stuben standen alle Schränke offen, nicht nur die mit Leinen- oder Gewandzeug, auch der Silberschrank, aus dem es funkelte und leuchtete, und der Geldschrank, aus dem Papier- und Bargeld fast herausquoll. Von unten hörte man das Geblök der Rinder, das Getreibe des Geflügelhofes, das Pfauchen der Maschinen, dann Raketenprasseln, Musik, jenen Hochzeitslärm, und plötzlich fand sie sich unter Tanzenden und Singenden und tanzte mit und sang.

— — — — — — — — — — — — — —

Darüber wachte sie auf.

Es war alles ruhig. Doch nein, von der nächsten Ecke scholl es her, der Mann dort im Bette mochte wohl auf der Nase liegen, denn er verbrachte ein wundersames Geschnarche und zu dieser Musik hatte sie im Schlafe zu singen versucht.

Tief aufseufzend erhob sich Helene mit halbem Leibe, da machte der Schläfer eine Wendung und das Geräusch verstummte. Sie lauschte, nach einer Weile erst vernahm sie seine ruhigen, regelmäßigen Atemzüge.

Helles Mondlicht erfüllte den Raum der Stube, tiefschwarz lagen die Schatten der Fensterbalken, wie gespenstige Grabkreuze, breit über der Diele.

Zwei, just zwei, lagen da.

Helene klammerte sich an den Bettrand und beugte sich über denselben hinaus, so war es ihr möglich, die letzten Fenster des Sternsteinhofes zu erblicken; ein schwaches Licht blinkte von dorther, es leuchtete in der Krankenstube der Bäuerin.

Wie lang' wird's mit der währen?

Wenn sie auch jetzt wieder auf die Füß' kommt, so schlimmer für sie, wenn wahr ist, was die Leut' sag'n, daß die Magd behauptet, es hätt' es der Doktor gesagt.

Der Bauer hat heißes Blut.

Ließe sich eines darauf ein, ihn unsinnig zu machen und heimzuziehen, er ertrotzte dort sein Recht und —

Tu' s, flüsterte eine Stimme in ihrem Innern.

Davon ließe sich nichts austragen, noch erweisen, —

Tu' s, flüsterte es wieder, aber diesmal war es, als sprähe es ganz nah' von außen auf sie ein.

Herr du, mein Jesus, was sind das für Gedanken?! Was will mir da an? — Dummheiten! — So sündhaft, wie dumm! — Blieb' doch der andere —

Der lebt auch nit ewig.

„Lebt auch nit ewig,“ murmelte sie, als wiederhole sie Worte, die ihr vorgesagt worden.

Da besann sie sich plötzlich, daß sie gesprochen habe, nach niemand und nirgend hin, sie sah mit scheuen Blicken um sich, dann streckte sie sich rasch aus, zog die Decke über sich und schloß die Augen. Aber während sie den Kopf in das Kissen drückte, dachte sie trotzig: Unsinn! Ewig lebt keiner, doch überlang' mancher. Was g'schäh dann?

Das find't sich! flüsterte es in ihrem Innern.

(Fortsetzung folgt.)

*) „Es schießt einem etwas ein“, d. h. es beunruhigt ihn.

gewaltigem, mit dem sich die Massen erfüllen müssen, damit sie dem Sozialismus zum Siege verhelfen.

Technisch-ökonomisch ist der Sozialismus heute schon möglich. Nichts falscher als das Wort: „Schulden könnten nicht sozialisiert werden," unsere Wirtschaft sei bankrott. Die ungeheuren Gewinne konnten gemacht werden, weil dem Kapitalismus ein technisch entwickelter Produktionsapparat und die Arbeitskraft der Massen zur Verfügung standen. Diese beiden Faktoren müssen der Kapitalistenklasse entrissen werden, um sie der Verfügungsgewalt der Gesamtheit zuzuführen. Die Massen müssen sich bewußt sein, daß die Ueberführung der Gesellschaftsordnung von der kapitalistischen in die sozialistische möglich ist, und sie müssen es wollen, damit es auch geistig möglich ist. Wirklich herauskommen aus diesem Kreislauf der kapitalistischen Produktionsweise zwischen Ueberarbeit und Arbeitslosigkeit können wir nur durch Beseitigung des Kapitalismus und durch planmäßige Bedarfswirtschaft.

## Muß die Kohle so teuer sein?

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amts Berlin-Schöneberg.

Vor dem Kriege kostete im Ruhrgebiet die Tonne Steinkohlen 12 M., heute aber (in schlechterer Qualität) 210 M. In diesem Preise sind mitenthalten die Zuschüsse an die Zechen für Lebensmittel und Bergarbeiterwohnungen, die Kohlensteuer und die Umsatzsteuer. Setzt man diese Posten ab, die für die Vorkriegszeit nicht in Frage kamen, so ergibt sich eine Steigerung von 12 M. auf 165 M. oder auf das Vierzehnfache. Vor dem Kriege entfielen auf den Arbeitslohn 52 Proz.; für die sonstigen Selbstkosten rechnete man 38 Proz., für den Unternehmergewinn 10 Proz. Es betrugen also etwa pro Tonne: Arbeitslohn 6,20 M., sonstige Selbstkosten 4,60 M., Unternehmergewinn 1,20 M. Heute beträgt der Arbeitslohn für die Tonne etwa 66 M.; die sonstigen Selbstkosten in denen auch die Schuldzinsen und zahlreiche andere Posten stecken, die gar nicht oder wenig gestiegen sind, machen höchstens 60 M. aus, so daß der Unternehmergewinn pro Tonne mindestens 39 M. beträg. Der Unternehmergewinn ist also auf mindestens das 32fache gestiegen. Sein Anteil an dem Preis (ohne Zuschüsse und Steuern) beträgt nicht mehr 10 Proz., sondern mindestens 24 Proz., während der Anteil des Arbeitslohnes von 52 auf 40 Proz. gesunken ist. Arbeitslohn und Unternehmergewinn verhalten sich nicht mehr wie 5 : 1, sondern wie 5 : 3.

Diese für die Volkswirtschaft sehr nachteilige und nur für wenige Mitbürger sehr vorteilhafte Wendung der Dinge ist erst in den letzten Monaten eingetreten. Im vierten Vierteljahr 1919 betrug die gesamte Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet 19,5 Millionen Tonnen mit einem Gesamtwert (ohne Kohlen- und Umsatzsteuer) von annähernd 1,8 Milliarden M. Der gesamte Arbeitslohn betrug 694 Millionen M., d. h. 38 Proz. des Gesamtwertes. Auf eine Tonne entfielen also damals an Arbeitslohn 35 M., an sonstigen Selbstkosten schätzungsweise 23 M., an Unternehmergewinn etwa 8 M. Der Unternehmergewinn war also noch im vierten Vierteljahr 1919 relativ nicht viel höher als vor dem Kriege.

Seit dem vierten Vierteljahr 1919 ist der Arbeitslohn auf die Tonne Steinkohlen fast auf das Doppelte, der Unternehmergewinn aber auf etwa das Fünffache gestiegen. Und bei einem Vergleich ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeiter inzwischen das Opfer der Ueberschichten gebracht haben, während von einem ähnlichen Grunde für die Verdienststeigerung der Unternehmer nichts bekannt geworden ist. Vor dem Kriege betrug der gesamte Unternehmergewinn im Ruhrsteinkohlenbergbau monatlich 10 Millionen Mark, heute aber — trotz verringerter Förderung — mindestens 250 Millionen M. Der Durchschnittslohn für die Schicht (einschließlich Ueberschichten) ist seit Kriegsausbruch auf etwa das Achtfache gestiegen. Nun ist es ja bei uns jetzt nicht üblich, daß sich die Unternehmer mit der gleichen Verdienststeigerung begnügen wie die Arbeiter, aber vielleicht wäre eine Einigung auf mittlerer Basis denkbar, etwa in der Weise, daß die Unternehmer künftig monatlich nur ebensoviel verdienen würden wie früher jährlich. Dann wäre es doch immerhin möglich, den Kohlenpreis für die Tonne um 24 M. zu ermäßigen. Das würde eine Verbilligung der Erzeugungskosten für fast alle Waren bedeuten, und auch für die Reichsfinanzen wäre das vorteilhaft, denn der Ausfall an Kohlensteuer würde reichlich aufgewogen durch die Minderausgaben im Eisenbahnbetrieb usw.

Ich bin mir wohl bewußt: das Opfer, das ich hier den Zechenbesitzern zumute, ist ungeheuer groß. Wenn sie künftig nur 20 M. an der Tonne verdienen sollen, so schrumpft der Anteil ihres Gewinns an dem Gesamtpreis (ohne Kohlensteuer und Umsatzsteuer) von gegenwärtig mindestens 24 Proz. auf 14 Proz. zusammen. Aber sie werden dann — wie ja auch auf dem Gebiete der Besitzsteuergesetzgebung — immer noch wesentlich besser daran sein als ihre englischen Kollegen, deren Gewinn nach dem neuesten Ciot des dortigen Kohlenkontrolleurs nur 4½ Proz. des Gesamtpreises der englischen Kohle ausmacht. Allerdings entfallen dort auf die Löhne nicht weniger als 73 Proz., d. h. 17 mal soviel wie auf die Unternehmergewinne, während die Löhne im Ruhrgebiet, wie gezeigt, gegenwärtig insgesamt nur das 13½fache und nach Durchführung meines Vorschlages das 8½fache der Unternehmergewinne ausmachen. Der Grund für die verschiedenartige Entwicklung ist eben der: am Gold gemessen sind heute in England die Bergarbeiterverdienste reichlich doppelt so hoch, die Unternehmergewinne etwa ebenso hoch wie vor dem Kriege; am Gold gemessen sind heute in Deutschland die Bergarbeiterverdienste wesentlich niedriger als vor dem Kriege, die Unternehmergewinne aber reichlich doppelt so hoch.

*

Der vorstehende Artikel von Dr. Kuczynski zeigt, welch ungeheures Verbrechen an der Allgemeinheit die Koalitionsregierung und die Rechtssozialisten begangen haben, als sie die Sozialisierung des Kohlenbergbaues verhinderten. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß der Vorschlag von Dr. Kuczynski, die Unternehmer möchten sich mit der Beschränkung ihrer Gewinne einverstanden erklären, ironisch gemeint ist. Freiwillig hat noch nie eine Klasse auf die Möglichkeit der Steigerung ihrer Gewinne verzichtet. Der Kohlenbergbau muß in die Hände der Allgemeinheit überführt werden, weil dadurch die Gesellschaft einen entscheidenden Einfluß auf den Gang und die Gestaltung der übrigen Produktionszweige erhalten würde. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist aber auch möglich weil hier das Kapital in wenigen Händen konzentriert ist, die Organisation der Industrie monopolartigen Charakter angenommen hat, und es sich um Produkte für den Massenbedarf handelt, deren Verteilung eine Verteilung aller Industrieerzeugnisse zur Folge haben könnte.

Die Sozialisierung des Bergbaues aber ist eine Frage der politischen Macht. Wer den von Kuczynski gekennzeichneten ungeheuer aufreizenden Zustand der gewaltigen Gewinnsteigerung der Kohlenmagnaten ein Ende bereiten will, muß am 6. Juni die Liste der unabhängigen Sozialdemokratie wählen, deren Anhänger allein von Anfang an mit aller Entschiedenheit für die Sozialisierung des Bergbaues eingetreten sind.

## Die Organisation der Betriebsräte.

Die Hauptausschüsse der Betriebsräte aller Industriegruppen nahmen in einer von der Betriebsrätezentrale einberufenen gut besuchten Versammlung Stellung zu den Verhandlungen der Zentrale der Betriebsräte mit der Berliner Gewerkschaftskommission. Malzahn als Berichterstatter führte aus, daß auf Grund der in der „Freiheit" veröffentlichten Entwürfe der Gewerkschaftskommission und der Zentrale der Betriebsräte Verhandlungen stattgefunden haben, die allerdings noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind. Es scheint jedoch, daß sich ein Weg findet, die Betriebsräte nach unserem Entwurf zusammenzufassen. Wir haben selbstverständlich die Zusammenfassung aller Betriebsräte verlangt. In dem Entwurfe der Gewerkschaftskommission war von einer Generalversammlung keine Rede, vielmehr hatte es den Anschin, als ob die Beschlüsse über Richtlinien, Aktionen usw. von der zu schaffenden Betriebsrätezentrale einschließlich der Sekretäre und Gewerkschaftsvertreter zu fassen sind. Demgegenüber haben wir grundsätzlich gefordert, daß die Generalversammlung der Betriebsräte souverän ist, und daß ihre Beschlüsse über Richtlinien und Aktionen bindend sind für die Betriebsräte und die Zentrale, die lediglich ausführendes Organ der Generalversammlung sein soll. Diesen Forderungen konnten sich die Vertreter der Gewerkschaftskommission nicht verschließen und erklärten ihr Einverständnis. Weiter verlangte die Gewerkschaftskommission in ihrem Entwurf, daß die Obleute der Gruppenleitungen die Betriebsrätezentrale bilden sollten, so daß auf jede Industriegruppe ein Vertreter entfällt. Wir forderten demgegenüber, daß die Stärke der Industriegruppe maßgebend sein soll für die Zahl der zur Betriebsrätezentrale zu entsendenden Vertreter. Wir forderten deshalb, daß sich die Betriebsrätezentrale aus 24 Vertretern der Industriegruppen zusammensetzen soll. Die Vorschläge machen die Betriebsräte der Industriegruppen, die Vorgeschlagenen müssen von der Generalversammlung bestätigt werden. Diese hat auch das Recht der Abberufbarkeit. Die Betriebsrätezentrale wird ergänzt durch 5 bis 7 Sekretäre, die von der Generalversammlung auf Grund des Verhältniswahlsystems gewählt werden. Ferner durch dieselbe Anzahl von Vertretern der Ortsausschüsse der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über die Rechte und Pflichten der Betriebsräte bei politischen Aktionen. Hier sollte nach dem Entwurfe der Gewerkschaftskommission die Betriebsrätezentrale, die sich, falls eine Einigung zustande kommt, aus ca. 88 Personen zusammensetzen würde, um nochmals 88 Vertreter der politischen Parteien verdoppelt werden. Wir schlugen 12 Vertreter der politischen Parteien vor. Des weiteren wurde in diesem Abschnitt von seiten der Gewerkschaftskommission die Einschränkung gemacht, daß die Betriebsräte nur bei solchen politischen Aktionen in Tätigkeit treten, die sich aus wirtschaftlichen Kämpfen ergeben. Wir verlangten, daß dieser Absatz gestrichen wird und die Betriebsräte mit den Vertretern der Gewerkschaften und Parteien Träger solcher Aktionen sind, die über den Rahmen der engen Partei- und Gewerkschaftsgrenzen hinaus das proletarische Gesamtinteresse zum Ziele haben. Wir hoffen, unter der Mitwirkung der Arbeiter und Betriebsräte auch in diesen Fragen auf dem schnellsten Wege zu einer Verständigung zu kommen.

Der Bericht des Genossen Malzahn wurde unter allgemeiner Zustimmung entgegengenommen. In der Diskussion wurde von den Genossen Jacobsen und Wegener mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß angesichts der gespannten politischen Situation nicht solange verhandelt, sondern gehandelt werden müsse. Ferner forderten die Genossen, daß in den Betrieben, in den Verbandsversammlungen und Ortsverwaltungen hierzu Stellung genommen wird, um die Gewerkschaftsvorstände vorwärts zu drängen. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme:

**„Die Haupt- und Untergruppenausschüsse der Betriebsräte fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Betrieben auf, ihre Betriebsräte zu kontrollieren, ob sie die Versammlungen der Betriebsräte besuchen und sich von ihnen hierüber Bericht erstatten zu lassen."**

## Die Not der Erwerbslosen.

### Kongreß der Erwerbslosenräte Deutschlands.

Gestern Vormittag begann in Berlin in Haverlands Festsälen ein Kongreß der Erwerbslosenräte Deutschlands. Der Vorsitzende des Reichserwerbslosenausschusses Schmidt begrüßte die auswärtigen Delegierten. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ist Assessor Dr. Lehfeld anwesend. Desgleichen hatten die Berliner Gewerkschaftskommission, Betriebsrätezentrale Münzstraße sowie die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin Vertreter entsandt.

Nach Konstituierung des Bureaus und Festsetzung der Tagesordnung gab der Vorsitzende Schmidt zum ersten Punkt den

**Bericht des Reichserwerbslosenausschusses.**

Er betonte, daß der Ausschuß mit der Regierung über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge verschiedene Verhandlungen geführt hat, die jedoch Resultate bisher noch nicht gezeitigt haben. Er schildert dann eingehend die letzten Beratungen im Reichsarbeitsministerium, über deren Verlauf wir bereits in Nr. 108 der „Freiheit" ausführlich berichtet haben. Erst die von der Reichszentrale veranlaßten Demonstrationen im ganzen Reiche, haben die Regierung gezwungen, mit Vertretern der Erwerbslosen zu verhandeln. Es kann festgestellt werden, daß Vertreter vieler Kommunen die Forderungen und Wünsche der Erwerbslosen anerkannt haben, und auch gewillt waren, helfend einzugreifen. Leider reichten die vorhandenen Mittel in den Kommunen bei weitem nicht aus, auch nur einigermaßen die Nöte der Arbeitslosen zu lindern. Auch ist es vorgekommen, daß den kommunalen Behörden der Reichszuschuß gesperrt worden ist, wenn sie den Erwerbslosen Extrazuwendungen machten. Im übrigen stehe die Zentrale auf dem Standpunkt, daß die Erwerbslosenunterstützung in erster Linie vom Reiche gezahlt werden müßte.

Die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium sollen heute Mittag fortgesetzt werden, nachdem das Reichskabinett am 27. d. M. dazu Stellung genommen hat.

Nach dem Bericht wurde sofort eine zwölfgliedrige Kommission eingesetzt, die den Bericht über die Verhandlungen im Reichskabinett entgegennehmen und im Anschluß daran mit dem Vertreter des Arbeitsministers, Geheimrat Weigert, in nochmalige Verhandlungen über die von der Reichszentrale aufgestellten Forderungen treten soll.

In der Diskussion über den Bericht erhoben einzelne Delegierte aus dem Reich heftige Vorwürfe gegen die Reichsregierung, die es ruhig mit ansehen könne, daß die Massen der Erwerbslosen und deren Familien einem langsamen Hungertode entgegengehen.

Wenn die Regierung behaupte, sie habe nicht die genügenden Mittel zur Verfügung, so muß entschieden darauf hingewiesen werden, daß für den neuen Militarismus Milliarden hinausgeworfen werden konnten.

Der Kongreß stimmte einem Antrage zu, von der Regierung zu verlangen, daß sie die Kosten für die Verhandlungskommission, die auf Verlangen der Regierung bis zum Abschluß der Verhandlungen in Berlin bleiben soll, zu tragen hat.

Nach der Mittagspause wurde in der Diskussion fortgefahren. Ein auswärtiger Delegierter erhob Vorwürfe gegen den Reichsausschuß, der seinen Aufgabenkreis verkannt hätte, indem er nur mit der Regierung verhandelt hätte, selbst aber nicht genügend aktiv aufgetreten wäre.

In einem kurzen Schlußwort ging der Vorsitzende Schmidt auf die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner ein und gab im Anschluß daran den Bericht der Zwölferkommission, die während der Mittagspause mit dem Geheimrat Weigert im Reichsarbeitsministerium verhandelt hat. Geheimrat Weigert konnte positive Zusagen der Regierung nicht geben und erklärte, daß am kommenden Mittwoch eine erneute Verhandlung mit der Kommission stattfinden solle. Diese Mitteilung wurde von dem Kongreß mit lebhafter Entrüstung aufgenommen, da den Delegierten aus dem Reich die finanzielle Grundlage fehlt, sich in Berlin eine Woche aufzuhalten. Die Erregung wurde verstärkt, als Schmidt mitteilte, daß Geheimrat Weigert es ablehnt, für die Entschädigung der Verhandlungskommission beim Finanzministerium einzutreten. — Im Anschluß hieran gab der Kassierer den Kassenbericht.

Es wurde dann in den zweiten Punkt der Tagesordnung eingetreten, in der Genosse Fuchs von der „Räte-Zeitung" das Referat über „Die wirtschaftliche Krise und deren Wirkung auf den Arbeitsmarkt" hielt. In anderthalbstündigen Ausführungen zeigte der Referent die Ursachen und Wirkungen der verkehrten Wirtschaftspolitik der Regierung.

Die Verhandlungen wurden dann auf heute früh 8 Uhr vertagt. Es wird heute in der Diskussion über das Referat eingetreten, in der den Vertretern der Parteien, Gewerkschaften und Betriebsräte eine halbstündige Redezeit zugebilligt ist.

## Einigungsverhandlungen im Konflikt der Aerzte und Krankenkassen.

In dem Streit zwischen den Organisationen der Aerzte und der Krankenkassen ist das vom Reichsarbeitsministerium angeregte Einigungsamt nunmehr gebildet. Es besteht aus dem früheren Unterstaatssekretär, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Caspar als Vorsitzenden, den Ministerialräten Dr. Hamel vom Reichsministerium des Innern und Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium als amtlichen Beisitzern, sowie je fünf weiteren Beisitzern der Ärzt- und der Kassenverbände. Die Verhandlungen beginnen am Montag, den 31. d. Mts., 11 Uhr vormittags im Reichsarbeitsministerium.

# Gewerkschaftliches.

## Der Streik in der Binnenschiffahrt.

Es wird gemeldet: Neuerdings hat der Binnenschifferverband beim Reichsarbeitsministerium beantragt, zur Entscheidung über seine Forderungen ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Spruch er sich unterwerfen werde. Der Arbeitgeberverband für Binnenschiffahrt hat jedoch erklärt, daß er sich mit Rücksicht auf den mit dem Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands abgeschlossenen noch laufenden Tarifvertrag an einem solchen Schiedsverfahren nicht beteiligen könne. Auch die beiden letztgenannten Arbeitnehmerverbände lehnen es noch wie vor ab, sich an einem Schiedsgerichtsverfahren mit dem Verband der Binnenschiffer zu beteiligen. Bei dieser Sachlage läßt sich ein Erfolg von der Einsetzung eines Schiedsgerichts nicht erwarten. Es ist aber auch ohnedies mit einer baldigen Beendigung des Streiks zu rechnen, nachdem an verschiedenen Stellen die Schiffahrt bereits wieder im Gange und der Streik sichtlich im Abflauen ist.

Der Transportarbeiterverband und der Verband der Maschinisten und Heizer sind also nicht zu belehren. Weil ihnen der Verband der Binnenschiffer nicht paßt, stellen sie sich auf die Seite der Unternehmer und lassen eine große und wichtige Lohnbewegung verbluten. Das ist keine positive Arbeit zum Wohle der Arbeiterklasse, auf die die Gewerkschaften sich stets mit Stolz berufen, sondern zopfigster und gemeinschädlicher Organisationsegoismus. Hinterher wundern sich die würdigen Instanzen über die Abneigung der Arbeiterschaft gegen sie und gegen tarifliche Bindungen. Und der Herr Reichsarbeitsminister, der jeden gelben Verband, der eine Empfehlung des Unternehmertums vorweisen kann, bedenkenlos als verhandlungsfähig anerkennt, findet kein Mittel, die Schiffahrtsunternehmer zu den vom Verband der Binnenschiffer gewünschten Verhandlungen zu zwingen. Er hat ja die Technische Nothilfe. So sieht sie aus, die deutsche Republik des gleichen sozialen Rechts!

### Die Verhandlungen im Bankgewerbe.

Im Reichsarbeitsministerium haben unter Leitung des Ministerialrates Dr. Sitzler Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden des Bankgewerbes stattgefunden, die eine baldige Beilegung der vielfachen örtlichen Streitigkeiten erhoffen lassen. Auf Grund der Verhandlungen hat der Reichsarbeitsminister den Parteien eine vorläufige Regelung vorgeschlagen, in der die Gewährung besonderer Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Febr.


*Für den Wahlkampf mit geistigen Waffen!!*

**Die Revolution**

Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur

*Schriftleitung: Felix Stössinger*

**Ein Programmbuch des sozialistischen Aufbaus durch die U. S. P. D.**

Mit grundlegenden Beiträgen von Hugo Haase, Ernst Däumig, Artur Crispien, Kurt Eisner, R. Hilferding, Otto Jensen, Karl Kautsky, Richard Seidel, Adolf Hoffmann, Emil Rabold, Felix Stössinger und vielen anderen.

47 Beiträge 26 Bilder, Reich illustriert mit farbigem Umschlag, Mark 12.— 272 Seiten

Durch die Organisationen mit Rabatt

Bestellungen insbesondere durch die Organisationen sofort erbeten! Die Auflage ist nicht groß, der Preis wird bald erhöht werden müssen.

Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin C, Breite Str. 5-9.

1920 an und die Aufnahme neuer Reichstarifverhandlungen in Aussicht genommen ist. Die Verbände haben sich bis zum Sonntag, den 30. Mai 1920, zu dem Vorschlage zu erklären.

Im Namen beider Bankbeamtenorganisationen teilt uns hierzu der Allgemeine Verband Deutscher Bankbeamten mit: Die Zentralvorstände der beiden Organisationen erklären, daß sie am Freitag zu dem Vorschlag des Reichsarbeitsministerium Stellung genommen haben. Die Beratungen haben zum Ergebnis gehabt, daß trotz mancherlei Bedenken die Organisationen bereit sind, sich auf den Boden der Vorschläge des Reichsarbeitsministeriums zu stellen. Von dem Reichsverband der Deutschen Bankleitungen wird erwartet, daß er diese Basis ebenfalls akzeptiert. Sollte der Verband sich jedoch ablehnend verhalten, so bleibt den Organisationen nichts anderes übrig, als die Angestelltenschaft zum Streik aufzurufen.

### Verbandstag des Angestellten-Verbandes des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes (Angestellten-Verband des Papierfaches).

Die Organisation, die in diesem Jahre ihre 25jährige Gründungsfeier begehen kann, hielt zu Pfingsten in Berlin ihren Verbandstag ab. Eine Reihe wichtiger organisatorischer und programmatischer Maßnahmen wurde beschlossen, insbesondere der freigewerkschaftliche Charakter der Organisation schärfer herausgearbeitet, d. h. der Grundsatz des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit anerkannt, die parteipolitische und religiöse Neutralität aber hervorgehoben.

Die neuen Satzungen brachten eine Reform des Beitragseinzuges zur Durchführung des neuen Arbeitsplanes, der die Errichtung von hauptamtlichen Geschäftsstellen in den Hauptplätzen des Buchhandels, Zeitungsgewerbes und graphischen Gewerbes wie Hamburg, Frankfurt a. M., Rheinland-Westfalen vorsieht.

Ferner wurde die Errichtung einer besonderen Kampfkasse beschlossen, der die Ueberschüsse aus dem Etat zuzuweisen werden und die ferner gespeist wird aus außerordentlichen Beiträgen. Der Verbandstag erklärte sich für den Abschluß von Reichstarifen für alle Zweige des Papierfaches. Aus den Beschlüssen zu schwebenden sozialen Fragen erwähnen wir die Ablehnung eines wirtschaftlichen Rätesystems außerhalb der Gewerkschaften, dagegen sollen die Betriebsräte innerhalb der Organisation als deren Stützpfeiler wichtige organisatorische Aufgaben zugewiesen bekommen.

Den erhöhten Beiträgen entsprechend wurden neue Unterstützungssätze festgesetzt und entsprechende Maßnahmen zum Ausbau der inneren Verwaltung beschlossen.

### Die Lohnbewegung der Goldschmiede.

Da alle Lohnforderungen in Zeiten der Teuerung erst nachträglich gestellt werden können, sind die Unternehmer im Vorteil. Sie können während der langen Dauer der Verhandlungen die alten Löhne weiterzahlen und doch die Preise hinaufschrauben und riesige Gewinne einstecken. Tritt dann eine Stagnation ein, so haben wieder die Arbeiter die Kosten zu zahlen, indem ihnen die Möglichkeit, eine Lohnverbesserung zu erkämpfen, genommen ist. Das haben auch die Goldschmiede erfahren. Auf Grund der in den letzten Wochen um mehr als 100 Prozent gestiegenen Lebensmittelpreise haben sie eine Teuerungszulage gefordert. Die Arbeit hat inzwischen nachgelassen und die Unternehmer lehnen Verhandlungen ab. Den Arbeitern muß dieses rücksichtslose Verhalten eine Mahnung sein, jede Konjunktur rasch und ebenso rücksichtslos auszunützen, um die Löhne den Kosten der Lebenshaltung anzupassen.

In der Versammlung der Goldschmiede am Donnerstag wurden auch Angaben über die von den Meistern betriebene Lehrlingszüchterei gemacht. In den Verträgen werden Strafen bis zu 2000 Mark für das Verlassen der Lehrstelle festgesetzt, um die Lehrlinge wehrlos in schrankenloser Ausbeutung zu erhalten. Mit der ganzen Innungszünftelei, die in der Hauptsache von der Lehrlingsausbeutung lebt, müßte eigentlich kräftig aufgeräumt werden.

### Achtung! Glasbläser!

Aus Norwegen wird uns die Mitteilung, daß dortige Firmen sich an Berliner Tageszeitungen mit Inseraten wandten, um Arbeitskräfte aus Deutschland zu erhalten. Zahllos sind die Bewerbungen, die bei den Firmen einlaufen. Die billigsten Kräfte werden bevorzugt, und die ansässigen Kollegen dadurch geschädigt. Unter 90—100 Kronen Wochenlohn ist nicht auszukommen. Wohnungen sind überhaupt nicht vorhanden. Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, ob in Akkord- oder Stundenlohn gearbeitet wird. Man wende sich vor Arbeitsannahme an die einzelnen Organisationen der betreffenden Länder und fordere Klarstellung der dortigen Verhältnisse.

---

**Graphischer Block Nr. 5** ist erschienen und abzuholen heute nachmittags von 3½—7 Uhr, bei Baum, Stallschreiberstr. 47.

**Zum Friseurstreik.** Auf Ansuchen des Arbeitnehmer-Verbandes der Friseure und des Haargewerbes hat sich der Reichsarbeitsminister zur Einsetzung eines besonderen Schlichtungsausschusses im Reichsarbeitsministerium bereit erklärt, falls beide Parteien sich dem zu fällenden Schiedsspruch im voraus unterwerfen. Der Interessenverband der Friseure Groß-Berlins hat seine Zustimmung bisher noch nicht erteilt.

## Betriebsräte.

### Ausschaltung der Betriebsräte bei Reichsbehörden.

Bei der Reichsstelle für Speisefette hatte der Betriebsrat die Zustimmung zur Einstellung eines Angestellten versagt, weil der Betreffende bei einer anderen Behörde in fester Stellung war und durch die Personalausgleichsstelle noch eine Reihe anderer Kollegen, die sonst zur Entlassung kommen müßten, vorhanden sind. Da aber der zur Einstellung vorgeschlagene Herr ein guter Bekannter des Leiters der Reichsfettstelle ist, fand man einen anderen Weg, man stellte diesen als „Prokuristenanwärter" ein, um den Betriebsrat bei der Einstellung auszuschalten. Die „Eignung" für diese Stelle hat der Herr, der früher Hauptmann im Großen Generalstab war, durch Teilnahme an kaufmännischen Kursen erlangt.

Auch sonst versucht man den Betriebsrat durch allerhand Machinationen zu umgehen.

Die Leiter dieser Reichsspeisefettstelle sind durchaus reaktionäre Herren, denen der Betriebsrat ein Dorn im Auge ist, insbesondere, da dieser sich auch mit dem Verhalten dieser Herren während des Kapp-Putsches beschäftigte und es rügte, daß diese der Kapp-Regierung sofort das Dienstauto zur Verfügung stellten. Beschwerden des Betriebsrates bei den vorgesetzten Behörden verhallen ungehört. Die Leiter dieser Aemter, die ehemaligen Arbeiter und Sozialdemokraten Schlicke und Schmidt, sind Gefangene ihrer reaktionären Geheimräte, die dafür sorgen, daß alles beim alten bleibt.

## Groß-Berlin.

### Die Obsternte.

Die Aussichten der Obsternte werden als sehr gute bezeichnet. Wie bei Getreide und Kartoffeln, so besteht auch in diesem Falle eine Verschiedenheit je nach der Gegend. In einer Gegend steht es besser als in einer anderen. Dieser Tage sahen wir im Unstruttale in Mitteldeutschland prächtige Ansätze der Kirsch-, Apfel- und Pflaumenbäume, was auf eine gute Ernte hoffen läßt. Das ist allgemeine Meinung. Auch das Beerenobst läßt reichliche Ernte erwarten. Im Gegensatz hierzu klagen die Obstzüchter von Werder und Umgegend, daß sie in diesem Jahre Pech hätten. Wohl waren die Ansätze zunächst gut und ließen reichliche Ernte hoffen. Diese Hoffnung habe sich aber zerschlagen. Der Regen habe während der Blüte viel Obst vernichtet und dann habe die große Hitze schweren Schaden angerichtet. Man könne Bäume sehen, die wie Besen aussähen. Und deshalb sei es unrecht, wenn den Werderschen Obstzüchtern nachgesagt würde, sie suchten das Publikum mit den Preisen zu übervorteilen.

Die Kirsche, die jetzt auf den Markt komme, ist die Frühkirsche, die immer schon hohe Preise gekostet habe und die auch früher vorzugsweise von der bemittelten Bevölkerung gekauft worden sei, genau so wie die neuen ausländischen Kartoffeln, für die für 5 Pfund 7 Mk. bezahlt würden. Die richtige Kirsche kommt erst in einer Woche auf den Markt; sie sei noch nicht reif und koste auch weniger. In Zuschriften an uns wird auf das hohe Pflückerlohn hingewiesen, der heute gezahlt werden müsse. Viele kleine Obstzüchter machen mit ihrer Familie die Arbeit selber, müssen aber lange Arbeitszeit dran wenden, um zurecht zu kommen.

In der Provinz gehören große Kirschenplantagen den Gemeinden. Diese Plantagen werden meistbietend verpachtet und dabei werden ganz ungeheure Pachtpreise angelegt, was zwar für die Gemeinden eine schöne Einnahme bringt, aber den Obstpreis immer weiter in die Höhe treibt. Man muß noch die hohen Frachtpreise per Bahn in Betracht ziehen, die erst kürzlich um das Doppelte in die Höhe geschraubt worden sind. Diese mit Obst gesegneten Gemeinden haben vielfach beschlossen, daß der Obstpächter ein bestimmtes Quantum für die Gemeindeeinwohner abliefern muß, die das Pfund Kirschen mit 30—60 Pf. erhalten. Man kann es diesen Gemeinden nicht verdenken, daß sie auch an ihre Einwohner denken; sonst kommt es so, daß sie, bei denen die Kirschen wachsen, selber keine Kirschen bekommen.

Wie hoch die Preise sich stellen werden, steht noch dahin. Es wird auf das Angebot stark ankommen, das am Markt ist. Die Kirschen aus Mitteldeutschland gehen vorzugsweise nach Leipzig und anderen Großstädten. Hoffentlich bilden die Werderschen Obstzüchter eine Ausnahme, damit durch die gute Ernte in anderen Gegenden auch die ärmere Bevölkerung in die Lage kommt, sich Obst kaufen zu können.

### Eltern! Parteigenossen in Charlottenburg!

Seit mehreren Wochen wirken Elternbeiräte der U. S. P. in den Schulen Preußens. Ueberall haben sie den schweren Kampf gegen die Schulreaktion mit Tatkraft und im Siegesbewußtsein unserer sozialistischen Ueberzeugung aufgenommen. Ueberall sind sie der Hartnäckigkeit der Gegner erfolgreich begegnet. Manche Mißstände konnten sie aufdecken und beseitigen, konnten durch Aufklärung die Köpfe der Eltern und Lehrer revolutionieren und auf diesem steinigen Boden die Saat sozialistischer Erziehung und Bildungsstrebens ausstreuen.

Am Sonntag, den 30. Mai, findet an den Charlottenburger Schulen die Elternbeiratswahl statt. Lange genug hat man die Wahlen hinausgeschoben. Zeigt der Reaktion, daß ihr auf dem Plan seid. Gerade in Charlottenburg hat das kapitalistische Bürgertum sich das Schulwesen nach seinem Klasseninteresse zum Schaden des Proletariats gestaltet; gerade hier versucht die reaktionäre Lehrerschaft den vergiftenden Geist des Chauvinismus und Nationalismus und des militaristischen Monarchismus in die Köpfe unserer Kinder zu träufeln. Darum ist hier eure Wachsamkeit doppelt nötig. Tut daher morgen, am Sonntag, eure Pflicht. Erkundigt euch, wann in den Schulen eurer Kinder gewählt wird und gebt eure Stimme nur den Kandidaten der U. S. P.

*

Es stehen zur Wahl: 1. Gem.-Sch.: Oskar Kramer; 3. Gem.-Sch.: Paul Sommer; 4. Gem.-Sch.: Oskar Riech; 5. Gem.-Sch.: Heinrich Kluge; 6. Gem.-Sch.: Wilh. Schäfer; 7. Gem.-Sch.: Paul Gumisch; 8. Gem.-Sch.: Hermann Frank; 11. Gem.-Sch.: Paul Sommer; 12. Gem.-Sch.: Maria Müller; 13. Gem.-Sch.: Rich. Domaske; 14. Gem.-Sch.: Herm. Hitschke; 15. Gem.-Sch.: Paul Wilk; 16. Gem.-Sch.: Rob. Wittig; 17. Gem.-Sch.: Paul Sommer; 18. Gem.-Sch.: Alfred Köhler; 19. Gem.-Sch.: Ernst Ewald; 20. Gem.-Sch.: Alb. Herber; 21. Gem.-Sch.: Siegfried Czerlinski; 22. Gem.-Sch.: Hugo Dörrig; 23. Gem.-Sch.: Ägidius Thyssen; 24. Gem.-Sch.: Otto Reuschel; 25. Gem.-Sch.: Paul Schulz; 26. Gem.-Sch.: Hermann Kluge; 27. Gem.-Sch.: Martin Tobias; 28. Gem.-Sch.: Paul Bubl; 29. Gem.-Sch.: Max Zaein; 30. Gem.-Sch.: Oskar Herstig; 31. Gem.-Sch.: Wilh. Kroll; 32. Gem.-Sch.: August Fouquet; 34. Gem.-Sch.: Herm. Jarius; 35. Gem.-Sch.: Paul Lehmann; Hindenburg-Realschule (Guerickestr. 32): Julius Wiehr. Alle nicht angeführten Schulen kommen für uns nicht in Frage.

### Wahlhilfe für Gebrechliche.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonnen Berlin werden an den Tagen der Reichstagswahl, sowie der Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin eine Reihe von Samariter-Stationen einrichten. Kranken, Greisen, Kriegsbeschädigten, sowie schwangeren Frauen soll die Möglichkeit zur Stimmabgabe gegeben resp. erleichtert werden, indem diese von den noch bekannt zu gebenden Stationen je nach Wunsch weibliche oder männliche Samariter anfordern. Von diesen werden dann die betreffenden Wahlberechtigten zum Wahllokal geleitet, oder, falls erforderlich, transportiert und deren vorzugsweise Abfertigung erzielt. Da die Anzahl der zur Verfügung stehenden Transportgeräte beschränkt ist, ist die vorherige Bestellung von Transporten an die Geschäftsstelle G. Voß, W. 57, Dennewitzstraße 8, zur Vermeidung von Störungen dringend erwünscht. Bemerkt sei, daß sämtliche Dienstleistungen der Samariter kostenlos geschehen.

### Erhöhung der Armenunterstützung.

Die Berliner Armen-Direktion hatte sich am Mittwoch mit einer Erhöhung der Unterstützungssätze für die Unterstützungsempfänger und Pflegekinder für Kinder zu beschäftigen. Bei der Beratung wurde festgestellt, daß bisher nur wenige Personen die zulässige Höchtsgrenze von 60 Mark für die einzelne Person, 90 Mark für ein Ehepaar und 30 Mark für ein Pflegekind erreichten. Die Armenkommissionen machen leider von dem Recht diese Beträge zu bewilligen nur wenig Gebrauch, weil sie vielfach zu wenig Verständnis für die Notlage der Bedürftigen haben. Um eine Besserung und Erhöhung zu erreichen stimmte die Direktion den Anträgen unserer Genossen zu: Es sollen bewilligt werden können von den Kommissionen ohne Genehmigung der Armendirektion per Monat: „für die einzelne Person bis 80 M.; für ein Ehepaar 120 M.; für jedes Pflegekind 40 M.; ferner wurde beschlossen zur Beschaffung von Wäsche und Kleidung eine einmalige Beihilfe zu gewähren für einzelne Person 100 M., Ehepaar 200 M., für jedes Pflegekind 50 M. Jetzt ist es an dem Magistrat und Stadtvätern diesen Anträgen zuzustimmen um den Aermsten der Armen zu Hilfe zu kommen.

### Zusammenschluß der Arbeiter-Musikvereine.

Die Arbeiter-Musikvereine Groß-Berlins und Umgegend waren in der vom Kartell-Verband für Sport- und Körperpflege einberufenen Sitzung zahlreich vertreten. Nachdem der Vertreter des Kartellverbandes in kurzen Worten den Zweck der Zusammenkunft klargelegt hatte, entspann sich eine rege Debatte, in der auch der Vertreter des Berufsmusiker-Verbandes die öfters geübte Konkurrenzarbeit einzelner Vereine kritisierte. Zum Schluß einigte man sich auf eine vom Kartellvertreter vorgeschlagene Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die heute, am 26. Mai 1920, im Lokal des Holzarbeiter-Verbandshauses versammelten Delegierten der Arbeiter-Musikvereine Groß-Berlins und Umgegend (Bläser, Tambour, Mandolinen, Bandoniumchöre usw.) sind prinzipiell mit der Gründung eines Arbeiter-Musikerbundes einverstanden. Dieser Bund stellt sich auf den Boden des revolutionären, proletarischen Klassenkampfes und schließt sich dem Kartellverband der Arbeiter Sportorganisationen an."

Um die Vorarbeiten zu erledigen, wurde ein provisorischer Ausschuß gewählt, der sofort nach den Wahlen vom Vertreter des Kartellverbandes zu einer konstituierenden Sitzung einberufen wird. Der Vertreter des Berufs-Musikerverbandes sagte zu, diesen im idealen Sinne aufzubauenden Bund durch rege Mitarbeit zu unterstützen.

Nachdem der Kartellvertreter noch bekannt gegeben hatte, daß am Sonntag, den 13. Juni, zwei Sportveranstaltungen, eine bürgerliche und eine der Arbeiterschaft stattfinden, machte er darauf aufmerksam, daß bürgerliche Veranstaltungen von jedem Arbeiter zu meiden sind. Alle Musikvereine der Arbeiterschaft (ob mit oder ohne Instrumente, ist ihre Sache) finden sich mit Familie am 13. Juni, mittags 12 Uhr, auf dem Mariannenplatz ein, zum Marsch nach dem Treptower Platz des Turnvereins „Fichte"; nachher auf den Treptower Spielwiesen große Sportveranstaltungen.

---

**Vermehrte Zugfolge auf der Stadtbahn.** In Anbetracht der außergewöhnlich starken Abwanderung der Fahrgäste der Straßenbahnen auf die Stadtbahn ist noch in letzter Stunde vor der Einführung des Sommerfahrplans im Eisenbahndirektionsbezirk Berlin eine wichtige Aenderung des Stadtbahnfahrplans vorgenommen worden. In den Hauptverkehrsstunden, d. h. in der Zeit von 6,45 bis etwa 8,30 vorm. werden zur Bewältigung des außerordentlichen Andranges auf der Stadtbahn nicht weniger als 24 Züge in der Stunde verkehren; damit ist die Leistungsgrenze der Stadtbahn erreicht. Auch vor dem Kriege war eine Zugfolge von 2½ Minuten die äußerste Grenze. In der Richtung Schlesischer Bhf.—Charlottenburg werden die Verstärkungszüge der Erkner-Strecke, die bisher auf dem Schlesischen Bahnhof endeten, und die Züge der Lichtenberger Strecke nach Charlottenburg, Westend bezw. Grunewald durchgeführt, deren Gegenzüge in der Richtung Charlottenburg—Schlesischer Bahnhof dann einige Zeit später wieder über die Stadtbahn laufen. Da sich der Stand der Zahl betriebsfähiger Lokomotiven gebessert hat, so ist die Durchführung dieser Maßregel gesichert; leider aber mangelt es an Wagen, doch soll, wie wir hören, diesem Mangel dadurch abgeholfen werden, daß Personenwagen des Fernverkehrs in die Stadtbahnzüge eingestellt werden.

**Alles wird teurer.** Der Magistrat hat beschlossen, auch die Eintrittsgelder zu den „Rotunden" vom 1. Juli ab abermals zu erhöhen, und zwar für die 1. Klasse von 20 auf 30 Pfg. und für die 2. Klasse für Männer von 10 auf 20 Pf., also um 100 Proz.

**9. Distrikt.** Jeden Sonnabend nachmittag von 3—5 Uhr findet in der Gemeindeschule, Naugarder Straße für Kinder, welche nicht an Religionsstunden in der Schule teilnehmen, von der freireligiösen Gemeinde aus Moralunterricht statt.

**16. Distrikt, 1. Abteilung.** Am Sonntag, den 30. Mai, von 9—7 Uhr, findet die Wahl der Elternbeiräte für die 196. Gemeindeschule und die 10. Gemeindeschule in der Scharnhorststraße 12 statt. Die Eltern werden gebeten, sich rege an der Wahl zu beteiligen. Unsere Liste beginnt mit dem Namen Paul Düball.

**Das erste Städtische Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters**, unter Leitung von Richard Hagel, findet am Montag, den 31. Mai, in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32—38, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Eintritt 1 Mark. Der Vorverkauf findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Hoch und in dem betreffenden Konzertsaal.

**Stadttheater Neukölln.** Am Montag, den 31. Mai, findet die letzte Aufführung in dieser Spielzeit und zwar „Wilhelm Tell" in erstklassiger Besetzung statt. Die Titelrolle spielt Theodor Becker. Karten zum Einheitspreise von 2,50 M. sind in den bekannten Geschäftsstellen erhältlich.

**Gefährliches Spielzeug.** In der Türkenstraße 20 spielten die drei Brüder Hans, Walter und Peter Salomon mit einem Zünder. Dieser fiel dabei zur Erde und explodierte. Dem ältesten wurde der Leib aufgerissen, dem zweiten die linke Hand zerschmettert und der jüngste an verschiedenen Stellen schwer verletzt. Sie wurden nach dem Paul Gerhardt-Stift eingeliefert.

**Wem gehört das Kind?** Am 10. Mai, gegen 6½ Uhr nachmittags, wurde auf dem Bahnhof in Berlin-Karlshorst ein 9 Jahre altes Mädchen, das eine Schultasche mit Schiefertafel und Lesebuch trug, aufgegriffen. Das Kind, das von schmächtiger Figur ist und dunkelblondes gescheiteltes Haar hat, gibt an, Gertrud Müller zu heißen; kann aber über seine Herkunft keine Angaben machen. Es trägt ein blau- und grünkariertes Kleid, schwarzen Mantel, blaugestreifte Knabenschürze, graue Unterhose, schwarze Schnürschuhe mit Holzsohlen. Zweckdienliche Angaben erbittet die Ortspolizei in Berlin-Friedrichsfelde. (Lichtenberg 111).

**Eine Brosche mit Knabenbildnis** ist Freitag vormittag zwischen Alexanderplatz und Prenzlauer Berg verloren gegangen. Da es ein teures Andenken ist, wird der ehrliche Finder gebeten, diese Brosche abzugeben bei Noack, Berlin, Hagenauer Str. 12.

---

### Lebensmittelkalender.

**Milchversorgung.** Von morgen, Sonnabend, 29. Mai, ab tritt für die A- u. B-Karten die aufweiterte die Belieferungsliste I in Kraft, d. h.: A I-Karten 1 Liter, A II-Karten 1 Liter, B I-Karten ¾ Liter, B II-Karten ½ Liter. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

**Schöneberg.** Bis 1. Juni Voranmeldung für 250 Gr. Kunsthonig auf 26, 125 Gr. Haferflocken auf 28 und 150 Gr. Cerealmehl auf 30 der allgemeinen Lebensmittelkarte. — Ausgegeben werden in der nächsten Woche: 250 Gr. Inlandsmarmelade ... auf 19, 125 Gr. Kartoffelstärkemehl auf 21 und 250 Gr. weiße Bohnen auf 23 der allgemeinen Lebensmittelkarte; ferner Fortsetzung des Verkaufs von 125 Gr. Teigwaren auf 17. 125 Gr. Haferflocken oder Reis

auf 18 der allgemeinen Lebensmittelkarte und 1 Paket Penners Haferkakao (garantiert 50 Proz. Kakao) zu 125 Gr. auf 12 der roten Schöneberger Bezugskarte.

Reinickendorf. Auf 22d der Reinickendorfer Kartoffelkarte 250 Gr. weiße Bohnen. Anmeldung bis zum 29. Mai.

## Aus den Organisationen.

### Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Heute abend 7 Uhr findet eine Zentralvorstandssitzung im Verbandsbureau, Schicklerstr. 5/6, statt. Tagesordnung: Die Reichstagswahlen und die Stadtverordnetenwahlen.

Die Geschäftsleitung.

**Zweiter Wahlkreis, Tiergarten (2., 14. und 15. Distrikt).** Sonntag vorm. 9½ Uhr Generalversammlung des 2., 14 und 15. Distrikts im Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24 (großer Saal). Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten- und Bezirksversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

**5. Distrikt.** Sonnabend 7 Uhr Distrikts-Funktionär- und Kommissionsmitglieder-Versammlung in der Aula Petersburger Straße 4.

**8. Distrikt.** Die Kommissionen der einzelnen Abteilungen werden gebeten, sich so schnell wie möglich zu konstituieren. Die Adressen der Obleute sind schnellstens der Distriktsleitung zu übermitteln. Die Sitzungen, die sich notwendig machen, zwecks Konstituierung und der Wahl der Obleute, soweit diese noch nicht erfolgt ist, werden von den Abteilungsführern einberufen.

**Charlottenburg.** Heute, Sonnabend, 6 Uhr abends, vor Beginn der Mitgliederversammlung, wichtige Besprechung des Wahlkomitees im Volkshaus.

**Wilmersdorf-Halensee.** Sonnabend 7½ Uhr öffentliche Volksversammlung in der Aula des Bismarck-Gymnasiums. „Kulturpolitik und Sozialismus." Ref.: Genosse Dr. Löwenstein. Sonnabend 7 Uhr in der „Freiheit"-Spedition, Hindenburgstr. 84, Sitzung des Wahlausschusses und der Agitationskommission.

**Friedenau.** Sonntag Landagitation nach Sputendorf und Schenkendorf; daselbst Versammlung unter freiem Himmel. Ref.: Gen. Gottschalk-Neukölln. Treffpunkt früh ½7 Uhr Kaisereiche, für Nachzügler mittags ½12 Uhr ebenda.

**Distrikt Niederbarnim-Nord.** Für die Orte Reinickendorf-Ost und West, Rosenthal (Wilhelmsruher Ortsteil), Wittenau, Lübars, Hermsdorf, Frohnau, Tegel, Heiligensee findet heute abend 6½ Uhr eine Bezirkskonferenz im Volkshaus der U. S. P., Reinickendorf-West, Scharnweberstr. 114, statt. Aufstellung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Ohne Ausweis kein Zutritt.

**Distrikt Niederbarnim-Nord.** Sonntag vorm. 10 Uhr in Pankow, Schulaula Grunowstraße, Konferenz für den Wahlkreis XV Groß-Berlin. Dazu gehören die Orte der Verwaltungsbezirke 18, 19 und 20. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung. Zur Teilnahme berechtigt sind die Vorsitzenden der Ortsgruppen und die gewählten Delegierten. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Sämtliche Konferenzteilnehmer müssen im Besitz einer Legitimation sein. Ohne Ausweis kein Zutritt.

**Niederbarnim-Ost.** Die Orte, die die Flugblätter noch nicht abgeholt haben, wollen dieselben heute im Laufe des Tages beim Genossen Albrecht, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 2, abholen.

**Weißensee.** Sonntag vorm. 10 Uhr Versammlung in Malchow, Lokal Schgelber, Ref.: Dr. Weyl; nachm. 2½ Uhr Versammlung in Lindenberg, Ref.: Paul Brühl. Die Genossen, die sich daran beteiligen, treffen sich vorm. 9 Uhr Ecke Berliner Allee und Rennbahnstraße, nachm. 12½ Uhr im Lokal von Masche.

**Weißensee.** Bildungskommission. Montag 7 Uhr Sitzung bei Masche.

## Vereinskalender.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag vorm. 11 Uhr in der Stadthalle, Klosterstr. 50, Vortrag des Herrn Dr. M. Brie: „Die Frau in den Dramen Aug. Strindbergs." — Harmonium: Litaney (Schubert). — Gäste willkommen.

**Deutscher Hutarbeiter-Verband.** Dienstag 5 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung aller in der Damenstrohhutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband,** Branche des technischen Bühnenpersonals. Sonntag vorm. 9 Uhr Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.

**W.-A. d. K.** Sonntag vorm. 10 Uhr Versammlung der ehemaligen Angehörigen der W.-A. d. K. in Kliems Festsälen, Hasenheide. Wichtige Besprechung, da Angelegenheit mit der Regierung erfolgreich erledigt. I. A.: Leppin.

**Pförtner, Wächter und Ersatzleute in den Brauereien.** Sonntag vorm. 9 Uhr Versammlung bei Schulz, Königstr. 2.

**Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.** Montag, 31. Mai, abends 7 Uhr, Theatervorstellung in der Neuen Welt: „Wilhelm Tell." Billetts à 2,50 M. ab heute in der „Freiheit", Neckarstr. 5. Mitgliedskarte mitbringen.

**Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde".** Ortsgruppe Neukölln. Für die Wanderung am 29. und 30. Mai ist infolge Fahrplanänderung die Abfahrt auf 5.20 Uhr nachm. vom Stett. Bhf festgesetzt. — Dienstag, 1. Juni, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Ideal-Kasino". Bericht vom Bundestag. Neuwahlen.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Kometiner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

## Bekanntmachung

betreffend

a) die Einreichung von Stadtwahlvorschlägen,
b) die Veröffentlichung der Namen der Beisitzer des Stadtwahlausschusses.

Auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 und der Verordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 7. Mai 1920 fordere ich hiermit die Wahlberechtigten auf, Wahlvorschläge für die ganze Stadt (Stadtwahlvorschläge) bis spätestens zum 10. Juni 1920 bei mir — Zentral-Wahlamt, Berlin C 2, Stralauer Straße 44/45 — einzureichen.

Die Stadtwahlvorschläge müssen von mindestens 200 im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Die in einem Kreiswahlvorschlage benannten Bewerber dürfen auch in dem angeschlossenen Stadtwahlvorschlage benannt werden.

Die Benennung in einem Stadt- oder Kreiswahlvorschlage schließt die Benennung in einem Bezirksverordnetenwahlvorschlage nicht aus.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Stadtwahlvorschlag anzuschließen.

In dem Stadtwahlvorschlage darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Verbindung mehrerer Stadtwahlvorschläge und der Anschluß eines Kreiswahlvorschlages an einen Stadtwahlvorschlag muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihrer Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 10. Juni 1920 bei mir — siehe oben — erklärt werden.

Verbundene Stadtwahlvorschläge und Anschlußerklärungen können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

In dem Wahlvorschlage sind die Bewerber in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. (§ 14 der W.O. vom 30. 11. 1918.)

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlage sind außer den vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden (Wahlbureau des Magistrats, C 2, Stralauer Straße 44/45) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bzw. dessen Stellvertreter bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Leitenden Wahlkommissar und dem Stadtwahlausschusse zur Rücknahme des Stadtwahlvorschlages sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs- und Anschlußerklärungen zu bevollmächtigen ist. Fehlt die Bezeichnung eines Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Gleichzeitig bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß ich für den zu bildenden Stadtwahlausschuß berufen habe:

a) zu Beisitzern:

1. den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Hermann Weyl, Berlin N 54, Lothringer Straße 54;
2. den Stadtrat Dr. Adolf Ritter, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 10;
3. den Stadtverordneten Isaac Jastrow, Charlottenburg, Schlüterstr. 42;
4. den Postdirektor Heinrich Wollmann, Berlin-Lichtenberg, Möllendorffstr. 10;

b) zu Beisitzer-Stellvertretern:

5. den Stadtverordneten Rektor Friedrich Schilling, Neukölln, Donaustr. 24;
6. den Oberlehrer Paul Friederitzick, Berlin-Schöneberg, Landshuter Straße 8.

Berlin, den 27. Mai 1920.

Der Leitende Wahlkommissar
für die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadtgemeinde Berlin.
Wermuth, Oberbürgermeister

(Tgb. Nr. 776 Wahl 1920.)

Große öffentliche

## Volksversammlungen

Sonntag, den 30. Mai 1920, vormittags 10 Uhr

Thema: **Der Kampf des Proletariats um die politische Macht.**

Sophiensäle, gr. Saal, Germaniasäle, Garten u. kl. Saal, Graumanns Festsäle, Naunynstraße,
Pharussäle, gr. u. kl. Saal, Moabit, Stadttheater,
Pankow, Restaurant Kurfürst, Berliner Str. 102,
Schöneberg, Chamissoschule,
Lichtenberg, Café Bellevue, Hauptstraße,
Adlershof, Bismarckstraße, Gesellschaftshaus.

Referenten: Otto Franke, Paul Fröhlich, Paul Lange, Ernst Meyer, Ines Mai, Max Kühl, Wilhelm Pieck, Fritz Winguth, Hugo Miedke.

Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen!

Zur Deckung der Unkosten 50 Pfg. Eintritt.

Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Bezirk Groß-Berlin.

## Achtung zum Friseurgehilfen-Streik!!

### Partei- und Gewerkschaftsgenossen!

Unterstützt die streikenden Friseurgehilfen und -gehilfinnen in ihrem Kampfe, indem Ihr nur die fliegenden Rasier- und Frisierstuben für Herren und Damen besucht.

Genossen, Eure Unterstützung sichert unseren Sieg im Kampfe um unsere gerechten Forderungen.

**Wir wollen arbeiten,** damit wir den Kampf gewinnen. Seht Euch nur da bedienen, wo die **gelben Plakate** der **Zentralstreikleitung aushängen. Alle anderen Betriebe** können als **nicht geregelt** betrachtet werden.

Da in den Betrieben **ständig 6—150 Kollegen** beschäftigt sind, ist eine schnelle Abfertigung garantiert.

Die Bedienung wird von nur erstklassigen Arbeitern hygienisch und sauber ausgeführt.

**Zentrum.**
Niederwallstr. 11.
Passage Alexanderplatz.
Alexanderplatz 2.
Neue Königstr. 26 (Bubi-Säle)
Münzstr. 1.
Unter den Linden 17/18.
Betrieb Habn, Mittelstraße.
Georgenstr. 24.

**Nordosten.**
Neue Königstr. 93.
Barnimstr. 14.
Paradiesgarten, Landsberger Allee 154.
Petersburger Straße, Ecke Kochhannstr. (Jugendheim).
Weberstr. 42.
Braunsberger Str. 16.

**Osten.**
Rominter Str. 39.
Warschauer Str. 61.
Gärtnerstr. 15.
Proskauer Str. 19.
Grüner Weg 92.
Gubener Straße 3a.
Gubener Str. 5.
Kleine Frankfurter Str. 17.
Frankfurter Str. 112.
Frankfurter Allee 312.
Koppenstraße, Ecke Frankfurter Allee.
Goethestr. 17.
Zorndorfer Straße, Ecke Thaerstraße.
Kochhannstr. 18.

**Südosten.**
Grünauer Str. 17.
Manteuffelstr. 57.
Reichenberger Str. 86.
Lindenstr. 10.
Falckensteinstr. 5.
Köpenicker Str. 6.
Köpenicker Str. 35.
Köpenicker Str. 172.
Wrangelstr. 61.
Engelufer 15.
Dessauer Str. 8.

**Süden.**
Hermannplatz.
Weser-, Ecke Friedelstraße.
Bockhstr. 13.
Graefestr. 80.

York-, Ecke Großbeerenstraße.
Mirbach-, Ecke Voigtstraße.
Friesenstraße.
Gneisenau-, Ecke Mittenwalder Straße.

**Norden.**
Schivelbeiner Str. 22.
Schönfließer Str. 6.
Schivelbeiner Str. 48.
Gleimstr. 70.
Swinemünder Str. 51.
Rhinower Str. 4.
Prinzenallee 10.
Badstr. 44.
Müller-, Ecke Transvaalstraße.
Müller-, Ecke Ofener Straße.
Stargarder Str. 30/31.
Immanuelkirchstr. 13.
Brunnenstr. 101.
Hussitenstr. 45.
Schwedenstr. 13.
Stargarder Str. 3.
Gaudystr. 6.
Brunnenstr. 18.
Chausseestr. 65.
Reinickendorfer Str. 96.
Triftstr. 48.
Malplaquetstr. 14/16.
Schönhauser-, Ecke Pappelallee.

**Westen.**
Bayerischer Platz 8.
Aschaffenburger Str. 16.
Kührner Str. 14.
Augsburger Str. 43.
Marburger Str. 10.
Kurfürstendamm 94.
Barbarossastr. 40.
Bleibtreu-, Ecke Kantstraße.
Uhlandstraße.
Potsdamer Platz, Café Ia.

**Nordwesten.**
Lübecker Str. 3.
Bredowstr. 16.
Brückenallee 14.
Rathenower Str. 24.
Huttenstr. 21.
Stromstr. 28.

**Oberschöneweide.**
Wilhelminenhofstr. 82.

**Adlershof.**
Bismarckstr. 48.

**Pankow.**
Berliner Str. 78.
Wollankstr. 31.
Brehmestr. 54.
Florastr. 78.

**Spandau.**
Ohmstr. 9.
Breite Str. 40.
Hamburger Str. 96.
Waldstr. 1.
Schönwalder Straße.

**Steglitz.**
Rothenburgstr. 41.
Düppelstr. 7.

**Weißensee.**
Tassostr. 1.

**Charlottenburg.**
Ludwigkirchstr. 10a.

**Neukölln.**
Berg-, Ecke Lahnstraße.
Hermann-, Ecke Karlsgartenstr.
Bergstr. 137.
Steinmetzstr. 30.
Holtei-, Ecke Weserstraße.

**Wilmersdorf.**
Gasteiner Str. 6, Ecke Holsteinische Straße.
Lauenburg-, Ecke Sigmaringer Straße.

**Cöpenick.**
Rosenstr. 18.
Bahnhofstraße.

**Siemensstadt.**
Pichelsdorfer Str. 41.
Kurstr. 21.
Neuendorfer Str. 87.

**Friedenau.**
Wilhelmshöher-, Ecke Stubenrauchstraße.
Kaiserallee 103.
Rhein-, Ecke Rönnebergstraße.
Schönhauser-, Ecke Sachsenwaldstraße.

**Treptow.**
Harzer Str. 68.

**Wilhelmsberg.**
Hohenschönhauser Str. 58/59.

**Weitere Betriebe werden noch bekannt gegeben.**

**Unterstützt uns! Uebt Solidarität!**

Die Zentralstreikleitung: Zobel, Schuler, Matuschke, Schwans, Bräschke.

## Kriegsopfer

Sonntag, den 30. Mai 1920, ½10 Uhr vormittags

Große öffentliche Versammlung

im Schweizergarten (am Friedrichshain, am Königstor).

Thema:

**Der internationale Kongreß der Kriegsopfer in Genf.**

Kriegsopfer erscheint in Massen.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Gau Berlin.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1289, 1987, 9714.

Montag, den 31. Mai 1920, abends 6 Uhr

**Branchen-Versammlung**

der Rohrleger und Helfer

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4).

Tagesordnung: 1. Die Reichstagswahlen. 2. Bericht von den Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.

Die Ortsverwaltung.


**Kupfer Messing Rotguß Zinn Quecksilber Sämtl. Metalle Platin Gold-, Silber-Abfälle Zahngebisse**
kauft zu riesig hohen Preisen in unseren 5 Einkaufsstellen
**Metall-Zentrale**
1. Brunnenstr. 11 am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48 am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29 nahe der Turmstraße
4. Neukölln Kais.-Friedr.-Str. 229 nahe Hermannplatz
5. Weidenweg 72 am Baltenplatz.

Armeepistolen und Jagdwaffen kaufen zu hohen Preisen F.W. Vandrey & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 80

Kupfer p. Kilo 8.50
Messing . . 4.—
Rotguß . . 7.—
sowie höchste Tagespreise für Zinn, Blei und Zink zahlt
**Wiemer** Pascalstraße 3, an der Helmholtzstraße und Gotzkowskybrücke.

**Neu eröffnet!**
Ich zahle die höchsten Preise für sämtliche Metalle
**Kupfer, Messing, Zink, Blei usw.**
Lothringerstr. 48 im Hof am Rosenthaler Platz.

**Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht**
kauft zu Höchstpreisen Elektrobureau, Lange Str. 27, 1 Treppe, nicht Keller. Alexander 3939.

Seit über ½ Jahrhundert
**Rauch** Riesen-Auslese **Kaffee**
Invalidenstr. 164, Eckhaus Brunnenstraße. Norden 4336.

**Altmetalle** Quecksilber, Zinn, Stahl, Silberbruch usw., kauft zu höchsten Preisen Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17, neben Wertheim (Moritzplatz).

**Charlottenburg**
**Botenfrauen**
stellt sofort ein
**Spedition Lorenz**
Wallstrasse 68.


**Deutscher Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.

**Todes-Anzeige.**

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Die Arbeiterin
**Ida Kafert**
Utrechter Straße 26, am 25. d. M. Die Beerdigung findet am Montag, den 31. d. M., nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Städt. Kirchhofes in Buch aus statt.

Der Arbeiter
**Franz Deutsch**
Lausitzer Platz 8, am 26. d. M. Die Beerdigung findet am Montag, den 31. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg aus statt.

**Ehre ihrem Andenken!**

Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.


**Syphilis Kuren**
beseitigen chronisch. Geschlechts-, Haut-, Harnleiden, wo alles andere versagte!
**Natura-Institut, Blücherplatz 3**
direkt am Halleschen Tor. Sprechstunden 10—1, 4—8, Sonntags von 11—1 Uhr. 3 Wartezimmer.

**Bettnässen.**
Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Institut Engelbrecht, München W 41, Trautskirchnerstr. 1

Schlafkur
M. 8.— Schachtel M. 4.25.
Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

**!!! Geld !!!**
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

**Elektromotore**
Gleichstrom :: Drehstrom kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10. Tel.: Lützow 3706 und 3615

**Stoffe**
zur Damen- und Herrenbekleidung
Futterstoffe / Knöpfe
**Konfektion**
für Damen u. Mädchen
Maßanfertigung
**C. Pelz**
SO 36, Kottbuser Str. 5

Besonders billige Angebote

| | |
|---|---|
| Joppe u. Breeches schöne Muster, haltbare Stoffe | 798.— M. |
| Jackett-Anzug modernste Form, prima Zutaten | 675.— „ |
| Marengo-Sommer-Paletot guter Cheviot, Ia Ausführung | 590.— „ |
| Covercoat-Sport-Paletot Seidenfutter, Ersatz für Maß | 690.— „ |
| Gummi-Mantel gute Qualität | 490.— „ |
| Cutaway u. Weste marengo Cheviot feinste Ausführung | 580.— „ |
| Hose für Werktag, kräftige Ware | 112.50 „ |
| Hose eleganter Streifen, für Cutaway | 290.— „ |
| Jackett-Anzug für junge Herren, moderne Formen, Gr. 88 | 380.— „ |
| Knaben-Anzug Joppe und kurze Hose, für 8—16 jährige Knaben | 227.50 „ |
| Lüster-Jacketts nur in größeren Weiten vorrätig | 49.50 „ |

**BaerSohn**
Keine Filialen mehr — Nur Chaussee-Straße 29-30


**Verein d. Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend!**

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege
**August Franz**
nach langem, schwerem Leiden am 26. Mai verstorben ist.
**Ehre seinem Andenken!**
Die Einäscherung findet **heute** Sonnabend vormittags 11½ Uhr im Krematorium, Gerichtstraße 37/38, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater und Schwiegervater der Zimmerer
**Ernst Lindner**
am 26. Mai gestorben ist.
Mit der Bitte um stille Teilnahme.
**Ww. Ida Lindner,** geb. Franke, nebst Kindern.
Die Einäscherung findet am Montag, den 31. Mai, nachm. 3 Uhr, im Krematorium, Baumschulenweg, Kiefholzstraße statt.
Kranzspenden dankend verbeten.


**Alt-Metalle**
von Händler für Engrosverwertung
Invalidenstr. 142, Norden 8810

**Pistolen**
Armee und Mauser, 9 mm, kauft zu höchsten Preisen
Kirstein, Berlin, Linienstraße 60.